




BILDUNGSPLAN DER OBERSTUFE AN GEMEINSCHAFTSSCHULEN

 Bildungsplan 2016

Gemeinschaftskunde

**Bildung,
die allen
gerecht wird**

Das Bildungsland



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR KULTUS, JUGEND UND SPORT

KULTUS UND UNTERRICHT

AMTSBLATT DES MINISTERIUMS FÜR KULTUS, JUGEND UND SPORT BADEN-WÜRTTEMBERG

Stuttgart, den 23. März 2016

BILDUNGSPLAN DER OBERSTUFE AN GEMEINSCHAFTSSCHULEN

Vom 23. März 2016

Az. 32-6510.20/370/293

- I. Der Bildungsplan der Oberstufe an Gemeinschaftsschulen gilt für die Klassenstufen 11 bis 13 der Gemeinschaftsschule.
- II. Der Bildungsplan tritt am 1. August 2016 mit der Maßgabe in Kraft, dass er erstmals für die Schülerinnen und Schüler Anwendung findet, die im Schuljahr 2016/2017 in die Klassen 5 und 6 eintreten.
- Abweichend hiervon tritt der Fachplan Literatur und Theater am 1. August 2016 mit der Maßgabe in Kraft, dass er erstmals für Schülerinnen und Schüler Anwendung findet, die im Schuljahr 2019/2020 in die Jahrgangsstufe 1 eintreten.

K.u.U., LPH 4/2016

BEZUGSSCHLÜSSEL FÜR DIE BILDUNGSPLÄNE DER ALLGEMEIN BILDENDEN SCHULEN 2016

Reihe	Bildungsplan	Bezieher
A	Bildungsplan der Grundschule	Grundschulen, Schule besonderer Art Heidelberg, alle sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren
S	Gemeinsamer Bildungsplan der Sekundarstufe I	Werkrealschulen/Hauptschulen, Realschulen, Gemeinschaftsschulen, Schulen besonderer Art, alle sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren
G	Bildungsplan des Gymnasiums	allgemein bildende Gymnasien, Schulen besonderer Art, sonderpädagogische Bildungs- und Beratungszentren mit Förderschwerpunkt Schüler in längerer Krankenhausbehandlung, sonderpädagogisches Bildungs- und Beratungszentrum mit Internat mit Förderschwerpunkt Hören, Stegen
O	Bildungsplan der Oberstufe an Gemeinschaftsschulen	Gemeinschaftsschulen

Nummerierung der kommenden Bildungspläne der allgemein bildenden Schulen:

LPH 1/2016 Bildungsplan der Grundschule, Reihe A Nr. 10

LPH 2/2016 Gemeinsamer Bildungsplan der Sekundarstufe I, Reihe S Nr. 1

LPH 3/2016 Bildungsplan des Gymnasiums, Reihe G Nr. 16

LPH 4/2016 Bildungsplan der Oberstufe an Gemeinschaftsschulen, Reihe O Nr. 1

Der vorliegende Fachplan *Gemeinschaftskunde* ist als Heft Nr. 15 (Pflichtbereich) Bestandteil des Bildungsplans der Oberstufe an Gemeinschaftsschulen, der als Bildungsplanheft 4/2016 in der Reihe O erscheint, und kann einzeln bei der Neekar-Verlag GmbH bezogen werden.

Inhaltsverzeichnis

1. Hinweis zum Bildungsplan der Oberstufe an Gemeinschaftsschulen	3
2. Prozessbezogene Kompetenzen	4
2.1 Analysekompetenz	4
2.2 Urteilskompetenz	5
2.3 Handlungskompetenz	5
2.4 Methodenkompetenz	6
3. Standards für inhaltsbezogene Kompetenzen	7
3.1 Klasse 11	7
3.1.1 Gesellschaft	7
3.1.1.1 Familie und Gesellschaft	7
3.1.1.2 Zuwanderung nach Deutschland	8
3.1.1.3 Aufgaben und Probleme des Sozialstaats	9
3.1.2 Recht	10
3.1.2.1 Rechtliche Stellung des Jugendlichen und Rechtsordnung	10
3.1.2.2 Grundrechte	11
3.1.3 Politisches System	12
3.1.3.1 Mitwirkung in der Schule	12
3.1.3.2 Politik in der Gemeinde	13
3.1.3.3 Politischer Willensbildungsprozess in Deutschland	15
3.1.3.4 Politischer Entscheidungsprozess in Deutschland	16
3.1.3.5 Kontrolle politischer Herrschaft in Deutschland	18
3.1.3.6 Problemlösefähigkeit des politischen Systems – eine Fallstudie	18
3.1.4 Internationale Beziehungen	19
3.1.4.1 Frieden und Menschenrechte	19
3.1.4.2 Die Europäische Union	21
3.2 Klassen 12/13 (zweistündiger Kurs)	23
3.2.1 Internationale Beziehungen	23
3.2.1.1 Grundlagen des internationalen Systems	23
3.2.1.2 Frieden und Sicherheit	23
3.2.1.3 Deutsche Außenpolitik	25
3.2.1.4 Globales Regieren	26
3.2.2 Politisches System	26
3.2.2.1 Grundlagen des politischen Systems	26
3.2.2.2 Politische Teilhabe	27
3.2.2.3 Gesetzgebung und Regieren	28

3.3	Klassen 12/13 (vierstündiger Kurs)	29
3.3.1	Gesellschaft	29
3.3.1.1	Gesellschaftsstruktur und gesellschaftlicher Wandel	29
3.3.1.2	Ausgestaltung des Sozialstaats	30
3.3.1.3	Politik der Chancengleichheit	31
3.3.2	Politisches System	33
3.3.2.1	Grundlagen des politischen Systems	33
3.3.2.2	Politische Teilhabe	34
3.3.2.3	Gesetzgebung und Regieren	35
3.3.2.4	Kontrolle politischer Herrschaft	36
3.3.3	Wirtschaftspolitik	38
3.3.3.1	Grundlagen der Wirtschaftspolitik	38
3.3.3.2	Wohlstand und Wirtschaftswachstum	39
3.3.3.3	Aufgaben nationaler und europäischer Wirtschaftspolitik	39
3.3.4	Internationale Beziehungen	41
3.3.4.1	Grundlagen des internationalen Systems	41
3.3.4.2	Frieden und Sicherheit	42
3.3.4.3	Wohlstand und Wohlstandsverteilung	44
3.3.4.4	Deutsche Außenpolitik	45
3.3.4.5	Globales Regieren	46
4.	Operatoren	47
5.	Anhang	49
5.1	Verweise	49
5.2	Abkürzungen	50
5.3	Geschlechtergerechte Sprache	52
5.4	Besondere Schriftauszeichnungen	52

1. Hinweis zum Bildungsplan der Oberstufe an Gemeinschaftsschulen

Grundlage für den Bildungsplan der Oberstufe an Gemeinschaftsschulen ist der Bildungsplan des Gymnasiums. Dabei entsprechen die Klassen 11 bis 13 der Gemeinschaftsschule den Klassen 10 bis 12 des allgemein bildenden Gymnasiums.

Für die Klasse 11 der Gemeinschaftsschule sind die Kompetenzen und Inhalte der Bildungsstandards der Klassen 9/10 des Bildungsplans des Gymnasiums maßgebend. In den Bildungsstandards der Klassen 9/10 des allgemein bildenden Gymnasiums sind jene Kompetenzen und Inhalte durch Unterstreichungen beziehungsweise Sternchen kenntlich gemacht, die über den Mittleren Schulabschluss hinausgehen. Diese besonders kenntlich gemachten Kompetenzen und Inhalte werden in der Gemeinschaftsschule in Klasse 11 unterrichtet.

Fachspezifische Hinweise zu den einzelnen Fächern werden in den jeweiligen Leitgedanken zum Kompetenzerwerb im Bildungsplan des Gymnasiums gegeben.

Der Bildungsplan der Oberstufe an Gemeinschaftsschulen basiert auf dem Bildungsplan des Gymnasiums, das heißt im vorliegenden Plan sind sämtliche Angaben – mit Ausnahme der Kapitelüberschriften – unverändert aus den Gymnasialplänen übernommen und daher von der Lehrkraft gegebenenfalls auf die abweichenden Klassenstufen zu übertragen.

Hierunter fallen beispielsweise Angaben (Kompetenzbeschreibungen, Anhänge etc.), die explizit Klassenstufen nennen oder Verweise auf Passagen, die außerhalb des Bildungsplans der Oberstufe an Gemeinschaftsschulen liegen. Verweise auf Fächer, die nur am Gymnasium erteilt werden, haben für diesen Bildungsplan keine Bedeutung.

2. Prozessbezogene Kompetenzen

2.1 Analysekompetenz

Die Schülerinnen und Schüler können politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Sach-, Konflikt- und Problemlagen anhand sozialwissenschaftlicher Kenntnisse systematisch und zielgerichtet untersuchen und darauf aufbauend vorliegende Entscheidungen und Urteile hinterfragen.

Die Schülerinnen und Schüler können

1. politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Sach-, Konflikt- und Problemlagen unter Verwendung der gängigen Fachsprache strukturiert wiedergeben
2. politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Sach-, Konflikt- und Problemlagen anhand grundlegender sozialwissenschaftlicher Kategorien untersuchen (zum Beispiel Problem, Akteure, Interessen, Konflikt, Macht, Legitimation)
3. politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Sach-, Konflikt- und Problemlagen anhand des Politikzyklus untersuchen (Problem, Auseinandersetzung, Entscheidung, Bewertung der Entscheidung und Reaktionen)
4. politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Sach-, Konflikt- und Problemlagen anhand von Modellen und Theorien untersuchen
5. selbstständig problemorientierte Fragestellungen formulieren sowie Hypothesen aufstellen und auf ihre sachliche Richtigkeit hin untersuchen
6. bei der Untersuchung von Sach-, Konflikt- und Problemlagen unterschiedliche Bereiche berücksichtigen (Gesellschaft, Wirtschaft, Politik)
7. bei der Untersuchung politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Sach-, Konflikt- und Problemlagen unterschiedliche Perspektiven berücksichtigen (individuelle, öffentliche, systemische)
8. vorliegende Urteile und Entscheidungen in Bezug auf Interessen- und Wertgebundenheit untersuchen

2.2 Urteilskompetenz

Die Schülerinnen und Schüler können ausgehend von einer Analyse kritische und reflektierte Urteile eigenständig entwickeln und formulieren. Darauf aufbauend formulieren sie Vorschläge zur Bewältigung politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Herausforderungen und Probleme.

Die Schülerinnen und Schüler können

1. zu einer vorgegebenen Problemstellung eigenständig und unter Berücksichtigung unterschiedlicher Perspektiven durch Abwägen von Pro- und Kontra-Argumenten ein begründetes Fazit ziehen
2. unter Berücksichtigung unterschiedlicher Perspektiven eigenständig Urteile kriterienorientiert formulieren (zum Beispiel Effizienz, Effektivität, Legalität, Legitimität, Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit, Transparenz, Repräsentation, Partizipation) und dabei die zugrunde gelegten Wertvorstellungen offenlegen
3. aufzeigen, dass sich politisches Urteilen und Handeln in einem ständigen Spannungsverhältnis wie zum Beispiel Macht versus Recht, Legitimität versus Effizienz, Interesse versus Gemeinwohl, Partizipation versus Repräsentation, Konflikt versus Konsens vollzieht
4. eigene Urteile nach kritischer Überprüfung und Kenntnisnahme neuer Sachverhalte dekonstruieren
5. begründete Vorschläge zur Bewältigung von politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Problemen formulieren

2.3 Handlungskompetenz

Die Schülerinnen und Schüler können Urteile, Entscheidungen und Interessen formulieren und vor anderen angemessen vertreten. Sie können Aushandlungsprozesse führen, Kompromisse schließen und Entscheidungen demokratisch treffen.

Die Schülerinnen und Schüler können

1. eigene Interessen, Urteile und Entscheidungen – auch aus Minderheitenpositionen heraus – sachlich und überzeugend vertreten
2. die Positionen und Begründungen von Andersdenkenden mit eigenen Argumenten sachlich und kritisch in Frage stellen
3. sich im Sinne eines Perspektivwechsels in die Situation, Interessen und Denkweisen anderer Menschen versetzen, diese Interessen und Denkweisen simulativ für eine begrenzte Zeit vertreten und das eigene Verhalten in der Rolle reflektieren
4. in politischen Kontroversen konfliktfähig sein, aber auch Kompromisse schließen
5. die Regeln für ein rationales und gewaltfreies Austragen politischer Konflikte einhalten
6. ihre Interessen in schulischen und außerschulischen Zusammenhängen wahrnehmen und an demokratischen Verfahren in Schule und Politik mitwirken
7. Texte und andere Medien, die der Teilhabe an politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Prozessen dienen, erarbeiten
8. bei der Nutzung von Medien die Grundsätze des Datenschutzes und der informationellen Selbstbestimmung beachten

2.4 Methodenkompetenz

Die Schülerinnen und Schüler können sich selbstständig über aktuelle politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Fragen informieren und kritisch mit Medien und Textsorten umgehen. Dabei gelingt es ihnen zunehmend, fachliche Themen mit unterschiedlichen Methoden zu bearbeiten sowie das eigene Weiterlernen zu organisieren.

Die Schülerinnen und Schüler können

1. selbstständig Recherchetechniken nutzen und auch an außerschulischen Lernorten (zum Beispiel Parlament, Rathaus, Gericht) Informationen gewinnen und verarbeiten
2. die gewonnenen Informationen quellenkritisch hinterfragen und dabei die Zuverlässigkeit der unterschiedlichen Medien einschätzen
3. lineare (zum Beispiel Kommentar, Rede, Bericht) und nichtlineare Texte (zum Beispiel Karikatur, Diagramm, Strukturmodell) auswerten
4. Informationen aus Rechtstexten entnehmen (zum Beispiel Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, UN-Charta, UN-Kinderrechtskonvention, Grundgesetz, Jugendschutzgesetz, Schulgesetz, SMV-Verordnung)
5. Diagramme, auch Vernetzungsdiagramme (zum Beispiel Strukturmodell, Mind-Map, Concept-Map), zur Visualisierung und Strukturierung politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Sach-, Konflikt- und Problemlagen erarbeiten
6. produkt-, rollen- beziehungsweise adressatenorientierte Texte verfassen (zum Beispiel Leserbrief, Blogeintrag, Rede, Streitgespräch, politische Strategie)
7. politisches Handeln simulieren (zum Beispiel Rollendebatte, Rollenspiel)
8. in elementarer Form sozialwissenschaftlich arbeiten (zum Beispiel eine Erkundung, Expertenbefragung, Meinungsumfrage oder ein Interview durchführen, auswerten und präsentieren)
9. Fallstudien erstellen und die Ergebnisse präsentieren (Erkennen von Problemen, Informationsgewinnung, Problemlösung/Entscheidung und Ermitteln alternativer Lösungsvarianten, Lösungskritik)

3. Standards für inhaltsbezogene Kompetenzen

3.1 Klasse 11

3.1.1 Gesellschaft

3.1.1.1 Familie und Gesellschaft

Die Schülerinnen und Schüler können Antworten auf die Fragen finden, welche Formen des Zusammenlebens der Staat besonders fördert (Privatheit und Öffentlichkeit), welche Möglichkeiten es gibt, Benachteiligungen zwischen den Geschlechtern zu überwinden (Interessen und Gemeinwohl) und welche rechtlichen Bestimmungen dieses Ziel verfolgen (Regeln und Recht) und wie die zunehmende Pluralisierung von Lebensentwürfen die Gesellschaft prägt (Ordnung und Struktur).

Die Schülerinnen und Schüler können	
(1) unterschiedliche Lebensformen beziehungsweise Formen des Zusammenlebens charakterisieren	
<ul style="list-style-type: none"> I 3.3.1.1 Gesellschaftsstruktur und gesellschaftlicher Wandel (3) I 3.3.1.2 Ausgestaltung des Sozialstaats (5) F REV 3.2.1 Mensch (1) L BTV Personale und gesellschaftliche Vielfalt; Selbstfindung und Akzeptanz anderer Lebensformen 	
(2) Aufgaben der Familie erläutern (Erziehung, wirtschaftliche Funktion, Befriedigung emotionaler Bedürfnisse)	
<ul style="list-style-type: none"> F ETH 3.1.1.1 Identität, Individualität und Rolle (4) F ETH 3.1.1.2 Freiheit und Verantwortung (6) L VB Bedürfnisse und Wünsche; Finanzen und Vorsorge 	
(3) Aufgabenverteilungen in Familien bewerten	
<ul style="list-style-type: none"> P 2.2 Urteilskompetenz 2 L BO Geschlechtsspezifische Aspekte bei der Berufswahl, Familien- und Lebensplanung 	
(4) die besondere Stellung der Familie beschreiben (Art. 6 GG) sowie Maßnahmen des Staates zur Förderung der Familie erläutern (Transferzahlungen, Kinderbetreuung)	
<ul style="list-style-type: none"> P 2.4 Methodenkompetenz 4 L BTV Wertorientiertes Handeln 	
(5) Maßnahmen zur Überwindung spezifischer Benachteiligungen aufgrund unterschiedlicher Gender-Rollen erörtern	
<ul style="list-style-type: none"> P 2.1 Analysekompetenz 6, 7 P 2.2 Urteilskompetenz 1 F ETH 3.1.1.1 Identität, Individualität und Rolle (1) F ETH 3.2.1.1 Liebe und Sexualität (3) F WBS 3.1.2.1 Berufswähler (1) L BO Geschlechtsspezifische Aspekte bei der Berufswahl, Familien- und Lebensplanung L BTV Toleranz, Solidarität, Inklusion, Antidiskriminierung 	

3.1.1.2 Zuwanderung nach Deutschland

Die Schülerinnen und Schüler können Antworten auf die Fragen finden, wie die Gesellschaft Deutschlands zusammengesetzt ist (Ordnung und Struktur), welche Bedeutung die Zuwanderung für Deutschland hat und wie die Zuwanderungspolitik gestaltet werden soll (Interessen und Gemeinwohl).

Die Schülerinnen und Schüler können	
(1) Ursachen von Zuwanderung nach Deutschland erläutern (Push- und Pull-Faktoren)	
<p>I 3.3.1.3 Politik der Chancengleichheit (7)</p> <p>F G 3.2.4 Europa nach der Französischen Revolution – Bürgertum, Nationalstaat, Verfassung (5)</p> <p>F G 3.2.5 Der industrialisierte Nationalstaat – Durchbruch der Moderne (5)</p> <p>F GEO 3.2.3.2 Phänomene globaler Disparitäten (1), (2), (3)</p>	
(2) die Zusammensetzung der Bevölkerung in Deutschland mithilfe von Material analysieren (Migrationshintergrund, Altersstruktur)	
<p>I 3.3.1.3 Politik der Chancengleichheit (7)</p>	
(3) Folgen von Zuwanderung für Deutschland erläutern	
<p>P 2.1 Analysekompetenz 6, 7</p> <p>I 3.3.1.3 Politik der Chancengleichheit (8)</p> <p>I 3.3.3.3 Aufgaben nationaler und europäischer Wirtschaftspolitik (8)</p> <p>L BNE Bedeutung und Gefährdungen einer nachhaltigen Entwicklung</p>	
(4) Anforderungen an die Aufnahmegesellschaft und an die Zuwanderer im Integrationsprozess erläutern (kulturelle Offenheit und Akzeptanz, Bildung, Sprache, Gestaltung des Staatsangehörigkeitsrechts)	
<p>P 2.1 Analysekompetenz 7</p> <p>I 3.3.1.3 Politik der Chancengleichheit (8), (9), (10), (11), (12)</p> <p>L BTV Formen interkulturellen und interreligiösen Dialogs; Minderheitenschutz; Selbstfindung und Akzeptanz anderer Lebensformen; Wertorientiertes Handeln</p>	
(5) die Zuwanderungspolitik Deutschlands und der EU erörtern (Arbeitsmigration, Flüchtlingspolitik, Familiennachzug)	
<p>P 2.1 Analysekompetenz 6</p> <p>P 2.2 Urteilskompetenz 1</p> <p>I 3.3.1.3 Politik der Chancengleichheit (9)</p> <p>L BTV Formen interkulturellen und interreligiösen Dialogs; Toleranz, Solidarität, Inklusion, Antidiskriminierung; Wertorientiertes Handeln</p>	

3.1.1.3 Aufgaben und Probleme des Sozialstaats

Die Schülerinnen und Schüler können Antworten auf die Fragen finden, wie das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes formuliert ist (Regeln und Recht), welche unterschiedlichen Vorstellungen es zur Umsetzung des Sozialstaatsgebots gibt (Interessen und Gemeinwohl) und wie der Sozialstaat ausgestaltet ist (Ordnung und Struktur).

Die Schülerinnen und Schüler können	
(1) das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes beschreiben (Art. 1, 20 GG)	
<ul style="list-style-type: none"> P 2.4 Methodenkompetenz 4 I 3.2.2.1 Grundlage des politischen Systems (2) I 3.3.1.2 Ausgestaltung des Sozialstaats (3) I 3.3.2.1 Grundlage des politischen Systems (6) F WBS 3.1.3 Wirtschaftsbürger (2) L BNE Werte und Normen in Entscheidungssituationen 	
(2) Aufgaben des Sozialstaats erläutern (soziale Sicherung, sozialer Ausgleich)	
<ul style="list-style-type: none"> I 3.3.1.2 Ausgestaltung des Sozialstaats (1) F RRK 3.3.2 Welt und Verantwortung (2) L BTV Toleranz, Solidarität, Inklusion, Antidiskriminierung 	
(3) Gestaltungsprinzipien der sozialen Sicherung charakterisieren (Solidar-, Äquivalenz- und Subsidiaritätsprinzip)	
<ul style="list-style-type: none"> I 3.3.1.2 Ausgestaltung des Sozialstaats (2) L BTV Wertorientiertes Handeln 	
(4) die Renten- und Krankenversicherung als Beispiele für die gesetzlichen Sozialversicherungen vergleichen (Zielsetzung, Anspruchsberechtigte, Finanzierung, Gestaltungsprinzipien)	
<ul style="list-style-type: none"> I 3.3.1.2 Ausgestaltung des Sozialstaats (2) L BO Fachspezifische und handlungsorientierte Zugänge zur Arbeits- und Berufswelt 	
(5) unterschiedliche Formen von Gerechtigkeit charakterisieren (Leistungs-, Bedarfs-, Chancengerechtigkeit)	
<ul style="list-style-type: none"> I 3.3.1.1 Gesellschaftsstruktur und gesellschaftlicher Wandel (2) F REV 3.2.2 Welt und Verantwortung (1) L BNE Werte und Normen in Entscheidungssituationen L BTV Wertorientiertes Handeln 	
(6) die Konzepte der absoluten und der relativen Armut vergleichen	
<ul style="list-style-type: none"> L BNE Bedeutung und Gefährdungen einer nachhaltigen Entwicklung 	

Die Schülerinnen und Schüler können	
<p>(7) Einflussfaktoren auf das Armutsrisiko mithilfe von Material analysieren (Familienstruktur, berufliche Qualifikation, Beschäftigungsverhältnis, Migrationshintergrund) sowie politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Folgen von Armut erläutern</p>	
<p>P 2.1 Analysekompetenz 6, 7 I 3.3.1.2 Ausgestaltung des Sozialstaats (5) I 3.3.1.3 Politik der Chancengleichheit (2), (8), (9) I 3.3.3.3 Aufgaben nationaler und europäischer Wirtschaftspolitik (3), (5), (7) F ETH 3.1.4.1 Menschenwürdiges Leben in Armut und Reichtum (3) F WBS 3.1.1 Verbraucher (5) L BO Fachspezifische und handlungsorientierte Zugänge zur Arbeits- und Berufswelt; Geschlechtsspezifische Aspekte bei der Berufswahl, Familien- und Lebensplanung</p>	
<p>(8) das Fürsorgeprinzip am Beispiel der Grundsicherung beschreiben (Zielsetzung, Anspruchsberechtigte, Finanzierung, Gestaltungsprinzip) und die Ausgestaltung der Grundsicherung bewerten</p>	
<p>P 2.2 Urteilskompetenz 2 I 3.3.1.2 Ausgestaltung des Sozialstaats (2) I 3.3.3.3 Aufgaben nationaler und europäischer Wirtschaftspolitik (14) L BTV Toleranz, Solidarität, Inklusion, Antidiskriminierung</p>	

3.1.2 Recht

3.1.2.1 Rechtliche Stellung des Jugendlichen und Rechtsordnung

Die Schülerinnen und Schüler können Antworten auf die Fragen finden, wie der Staat Jugendliche in der Öffentlichkeit schützt (Privatheit und Öffentlichkeit), welche Grundsätze ein Rechtsstaat erfüllen muss, weshalb jugendliche Straftäter anders bestraft werden als Erwachsene (Regeln und Recht) und wie rechtliche Regelungen und Konfliktlösungsmuster das friedliche Zusammenleben in Deutschland schützen (Interessen und Gemeinwohl).

Die Schülerinnen und Schüler können	
<p>(1) die besondere Rechtsstellung von Kindern und Jugendlichen erklären (Deliktfähigkeit, Strafmündigkeit, Jugendschutz nach dem JuSchG)</p>	
<p>P 2.4 Methodenkompetenz 4 F WBS 3.1.1 Verbraucher (2), (5) F WBS 3.1.2.2 Arbeitnehmer (3)</p>	
<p>(2) Formen von Jugendkriminalität beschreiben und ihre Ursachen anhand der Sozialisations- und der Entwicklungstheorie erklären</p>	
<p>L MB Jugendmedienschutz; Mediengesellschaft L PG Mobbing und Gewalt</p>	

Die Schülerinnen und Schüler können	
(3) Zwecke von Strafen erklären (Vergeltung, Spezial- und Generalprävention, Täter-Opfer-Ausgleich) und an vorgegebenen Fallbeispielen jugendstrafrechtliche Sanktionen bewerten (Erziehungsmaßregeln, Zuchtmittel, Jugendstrafe)	
<ul style="list-style-type: none"> P 2.1 Analysekompetenz 7 L BTV Konfliktbewältigung und Interessenausgleich L PG Mobbing und Gewalt 	
(4) Prinzipien des Rechtsstaats charakterisieren (Garantie der Grundrechte, Gewaltenteilung, Gleichbehandlung vor dem Gesetz, Gesetzesvorbehalt, Verhältnismäßigkeit)	
<ul style="list-style-type: none"> I 3.2.2.1 Grundlage des politischen Systems (2) I 3.3.2.1 Grundlage des politischen Systems (6) F ETH 3.1.1.3 Gerechtigkeit (3) 	
(5) Öffentliches Recht und Privatrecht vergleichen (Rechtsbeziehungen, Rechtsquellen, Ablauf der Gerichtsverfahren)	
(6) Straf- und Zivilprozess vergleichen (Zweck des Verfahrens, Prozessinitiative, Prozessparteien, Beweiserhebung)	
<ul style="list-style-type: none"> P 2.4 Methodenkompetenz 1 L BTV Konfliktbewältigung und Interessenausgleich 	
(7) die Bedeutung des Rechts für eine Gesellschaft erläutern (Herstellung von Gerechtigkeit, Friedens-, Ordnungs-, Schutz- und Gestaltungsfunktion)	
<ul style="list-style-type: none"> P 2.1 Analysekompetenz 7 F ETH 3.1.1.3 Gerechtigkeit (3) L BTV Konfliktbewältigung und Interessenausgleich; Minderheitenschutz L VB Verbraucherrechte 	

3.1.2.2 Grundrechte

Die Schülerinnen und Schüler können Antworten auf die Fragen finden, welche rechtlichen Regelungen es zum Schutz der Grundrechte gibt (Recht und Regeln) und welche Bedeutung Grundrechte für das Zusammenleben in Deutschland und für den Einzelnen haben (Interessen und Gemeinwohl).

Die Schülerinnen und Schüler können	
(1) unterschiedliche Arten von Grundrechten erläutern (Freiheits-, Gleichheits- und Anspruchsrechte, Bürger- und Menschenrechte)	
<ul style="list-style-type: none"> I 3.2.1.2 Frieden und Sicherheit (8) I 3.2.1.3 Deutsche Außenpolitik (4) I 3.3.1.2 Ausgestaltung des Sozialstaats (3) I 3.3.4.2 Frieden und Sicherheit (9) I 3.3.4.4 Deutsche Außenpolitik (4) F G 3.2.3 Die Französische Revolution – Bürgertum, Vernunft, Freiheit (3) F G 3.2.4 Europa nach der Französischen Revolution – Bürgertum, Nationalstaat, Verfassung (4) F G 3.3.2 BRD und DDR – zwei Staaten, zwei Systeme in der geteilten Welt (5) F REV 3.3.1 Mensch (2) F WBS 3.1.3 Wirtschaftsbürger (2) 	

Die Schülerinnen und Schüler können	
(2) die besondere Stellung der Grundrechte beschreiben (Bindungswirkung, Wesensgehaltsgarantie, Ewigkeitsgarantie)	
F	ETH 3.1.2.1 Friedliches Zusammenleben und die Bedeutung von Konflikten (3)
(3) die Ausgestaltung des Minderheitenschutzes am Beispiel der Sinti und Roma beschreiben	
F	G 3.3.1 Nationalsozialismus und Zweiter Weltkrieg – Zerstörung der Demokratie und Verbrechen gegen die Menschlichkeit (3)
L	BTV Minderheitenschutz; Selbstfindung und Akzeptanz anderer Lebensformen; Toleranz, Solidarität, Inklusion, Antidiskriminierung
(4) an einem vorgegebenen Fallbeispiel einen Grundrechtskonflikt analysieren	
P	2.1 Analysekompetenz 2, 7
L	BNE Werte und Normen in Entscheidungssituationen
L	BTV Konfliktbewältigung und Interessenausgleich

3.1.3 Politisches System

3.1.3.1 Mitwirkung in der Schule

Die Schülerinnen und Schüler können Antworten auf die Fragen finden, welche Möglichkeiten sie haben, ihre Interessen in den schulischen Entscheidungsprozess einzubringen, wie in der Schule Entscheidungen getroffen werden (Macht und Entscheidung), welche rechtlichen Bestimmungen das Zusammenleben in der Schule regeln (Regeln und Recht), wie die einzelnen Institutionen in der Schule zusammenwirken (Ordnung und Struktur) und welchen Beitrag Verfahren zum Lösen von Interessenkonflikten in der Schule leisten (Interessen und Gemeinwohl).

Die Schülerinnen und Schüler können	
(1) Kennzeichen demokratischer Wahlen anhand der Wahlgrundsätze beschreiben (frei, gleich, geheim, allgemein, unmittelbar)	
L	BNE Teilhabe, Mitwirkung, Mitbestimmung
(2) an einem vorgegebenen Fallbeispiel die Einhaltung der Vorgaben einer Klassensprecherwahl mithilfe von Auszügen aus dem Schulgesetz und der SMV-Verordnung überprüfen	
P	2.3 Handlungskompetenz 6
P	2.4 Methodenkompetenz 4
(3) Konfliktursachen erläutern und Möglichkeiten der Konfliktbewältigung bewerten (Klassenrat, Streitschlichter)	
P	2.2 Urteilskompetenz 2
P	2.3 Handlungskompetenz 6
F	ETH 3.1.2.1 Friedliches Zusammenleben und die Bedeutung von Konflikten (1)
L	BTV Konfliktbewältigung und Interessenausgleich
L	PG Mobbing und Gewalt

Die Schülerinnen und Schüler können	
(4) Mitwirkungsrechte der Schülerinnen und Schüler beschreiben (Wahl der Schülervereiner und Verbindungslehrer, Mitgliedschaft in der Schulkonferenz, Evaluation, Anhörungs-, Vorschlags-, Beschwerde- und Informationsrecht)	
<ul style="list-style-type: none"> P 2.3 Handlungskompetenz 6 F ETH 3.1.1.2 Freiheit und Verantwortung (6) L BNE Demokratiefähigkeit; Teilhabe, Mitwirkung, Mitbestimmung 	
(5) Aufgaben der Schülervereiner erläutern (Interessenvertretung, Mitgestaltung des Schullebens)	
<ul style="list-style-type: none"> L BNE Teilhabe, Mitwirkung, Mitbestimmung L BTV Konfliktbewältigung und Interessenausgleich 	
(6) an einem vorgegebenen Fallbeispiel den Entscheidungsprozess in der Schule analysieren (Schulkonferenz, Gesamtlehrerkonferenz) und über den Fall hinausgehend die Mitwirkungsrechte der Schülerinnen und Schüler bewerten	
<ul style="list-style-type: none"> P 2.1 Analysekompetenz 2, 7 P 2.2 Urteilskompetenz 2 P 2.3 Handlungskompetenz 6 L BNE Demokratiefähigkeit; Teilhabe, Mitwirkung, Mitbestimmung L BTV Konfliktbewältigung und Interessenausgleich 	

3.1.3.2 Politik in der Gemeinde

Die Schülerinnen und Schüler können Antworten auf die Fragen finden, welche Möglichkeiten Bürger und Jugendliche haben, ihre Interessen in den Entscheidungsprozess in der Gemeinde einzubringen, und wie die Macht in der Gemeinde verteilt ist (Macht und Entscheidung), wie die einzelnen Organe innerhalb der Gemeinde zusammenwirken (Ordnung und Struktur), welchen Beitrag Verfahren und Institutionen zur Regelung und zum Schutz des friedlichen Zusammenlebens in der Gemeinde leisten (Interessen und Gemeinwohl) und wie die Gemeinde mit ihren begrenzten finanziellen Mitteln umgeht (Knappheit und Verteilung).

Die Schülerinnen und Schüler können	
(1) Partizipationsmöglichkeiten Jugendlicher beschreiben (Beteiligungsverfahren nach der GemO, Einflussnahme auf die öffentliche Meinung) und die Akzeptanz dieser Möglichkeiten unter Jugendlichen mithilfe von Material überprüfen	
<ul style="list-style-type: none"> P 2.3 Handlungskompetenz 6 P 2.4 Methodenkompetenz 1 L BNE Demokratiefähigkeit; Teilhabe, Mitwirkung, Mitbestimmung L MB Mediengesellschaft 	

Die Schülerinnen und Schüler können

(2) Partizipationsmöglichkeiten der Bürger beschreiben (Bürgermeister- und Gemeinderatswahl mit Kumulieren und Panaschieren, Bürgerbegehren und -entscheid, Bürgerinitiative, Einflussnahme auf die öffentliche Meinung)

- P 2.3 Handlungskompetenz 6
- I 3.2.2.2 Politische Teilhabe (7)
- I 3.3.2.2 Politische Teilhabe (11)
- L BNE Teilhabe, Mitwirkung, Mitbestimmung
- L MB Mediengesellschaft

(3) die Modelle der plebiszitären und der repräsentativen Demokratie vergleichen (Formen der Entscheidungsfindung, Bedeutung des Parlaments, Legitimation politischer Entscheidungen)

- I 3.2.2.2 Politische Teilhabe (6)
- I 3.3.2.1 Grundlage des politischen Systems (5)
- I 3.3.2.2 Politische Teilhabe (9)

(4) die Organe einer Gemeinde (Gemeinderat, Bürgermeister, Verwaltung) hinsichtlich ihres Zusammenwirkens beim Entscheidungsprozess darstellen (Initiative, Entscheidung, Ausführung) und ihre Legitimation beschreiben (Wahl, Ernennung)

- P 2.4 Methodenkompetenz 5

(5) an einem vorgegebenen kommunalen Konflikt den Entscheidungsprozess anhand des Politikzyklus analysieren und über den Fall hinausgehend Möglichkeiten der Einflussnahme von Bürgern bewerten

- P 2.1 Analysekompetenz 3, 7
- P 2.2 Urteilskompetenz 2
- L BNE Demokratiefähigkeit; Teilhabe, Mitwirkung, Mitbestimmung
- L BTV Konfliktbewältigung und Interessenausgleich

3.1.3.3 Politischer Willensbildungsprozess in Deutschland

Die Schülerinnen und Schüler können Antworten auf die Fragen finden, welche Möglichkeiten Bürger haben, ihre Interessen in den politischen Entscheidungsprozess einzubringen (Macht und Entscheidung), und wie das Grundgesetz die Teilhabe regelt (Regeln und Recht), welchen Beitrag die Beteiligungsverfahren zum demokratischen und gewaltfreien Lösen von Interessenkonflikten leisten, wie die Demokratie gesichert und geschützt werden kann (Interessen und Gemeinwohl) und welche Bedeutung Medien für eine demokratische Gesellschaft haben (Privatheit und Öffentlichkeit).

Die Schülerinnen und Schüler können	
(1) Partizipationsmöglichkeiten beschreiben (Art. 5, 8, 9, 20, 21, 38 GG)	
<ul style="list-style-type: none"> P 2.3 Handlungskompetenz 6 P 2.4 Methodenkompetenz 4 I 3.2.2.1 Grundlage des politischen Systems (2) I 3.2.2.2 Politische Teilhabe (7) I 3.3.2.1 Grundlage des politischen Systems (6) I 3.3.2.2 Politische Teilhabe (11) F G 3.3.2 BRD und DDR – zwei Staaten, zwei Systeme in der geteilten Welt (5) F WBS 3.1.2.2 Arbeitnehmer (5) F WBS 3.1.3 Wirtschaftsbürger (8) L BNE Demokratiefähigkeit; Teilhabe, Mitwirkung, Mitbestimmung 	
(2) Auswirkungen digitaler Medien auf die politische Willensbildung erläutern (zum Beispiel Blogs, soziale Netzwerke)	
<ul style="list-style-type: none"> P 2.3 Handlungskompetenz 6 L BNE Demokratiefähigkeit; Teilhabe, Mitwirkung, Mitbestimmung L MB Mediengesellschaft 	
(3) Parteien, Verbände und Bürgerinitiativen vergleichen (verfassungsrechtliche Stellung, innerer Aufbau, Zielsetzung, Dauer des politischen Engagements, vertretenes Interessenspektrum)	
<ul style="list-style-type: none"> I 3.2.2.3 Gesetzgebung und Regieren (4) I 3.3.2.3 Gesetzgebung und Regieren (1), (2), (7) L BNE Demokratiefähigkeit; Teilhabe, Mitwirkung, Mitbestimmung 	
(4) das Wahlsystem zum Bundestag erklären (personalisierte Verhältniswahl mit Erst- und Zweitstimme, Wahlkreis, Direktmandat, Sperrklausel)	
<ul style="list-style-type: none"> I 3.2.2.2 Politische Teilhabe (1), (2) I 3.3.2.2 Politische Teilhabe (1), (2) L BNE Teilhabe, Mitwirkung, Mitbestimmung 	
(5) Aufgaben der Parteien erläutern (Beteiligung an Wahlen, Besetzung politischer Ämter, Bündelung gesellschaftlicher Interessen, Einflussnahme auf die öffentliche Meinung, Einflussnahme auf die politische Entwicklung in Parlament und Regierung)	
<ul style="list-style-type: none"> I 3.3.2.2 Politische Teilhabe (8) F G 3.3.2 BRD und DDR – zwei Staaten, zwei Systeme in der geteilten Welt (5) 	
(6) in einem Politikfeld die von Parteien vertretenen Positionen mithilfe von Material vergleichen	
<ul style="list-style-type: none"> P 2.1 Analysekompetenz 8 	

Die Schülerinnen und Schüler können	
(7) die Aufgaben der Medien in einer demokratischen Gesellschaft erläutern (Information, Agenda-Setting, Herstellung von Öffentlichkeit, Ermöglichung der Teilhabe am öffentlichen Diskurs, Kritik und Kontrolle)	
<ul style="list-style-type: none"> I 3.2.2.2 Politische Teilhabe (5) I 3.3.2.2 Politische Teilhabe (6) I 3.3.2.3 Gesetzgebung und Regieren (3) F D 3.3.1.3 Medien (3) L BNE Teilhabe, Mitwirkung, Mitbestimmung L MB Information und Wissen; Mediengesellschaft 	
(8) die Bedeutung der Pressefreiheit für die Demokratie erläutern	
<ul style="list-style-type: none"> I 3.2.2.2 Politische Teilhabe (5) I 3.3.2.2 Politische Teilhabe (6) F D 3.3.1.3 Medien (3) L MB Mediengesellschaft 	
(9) Kennzeichen von politischem Extremismus erläutern (Ablehnung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, Freund-Feind-Stereotypen, ideologischer Dogmatismus, Missionsbewusstsein)	
<ul style="list-style-type: none"> L BTV Formen von Vorurteilen, Stereotypen, Klischees 	
(10) die Bedeutung von Zivilcourage und zivilgesellschaftlichem Engagement für den Erhalt der demokratischen Gesellschaft erläutern	
<ul style="list-style-type: none"> L BNE Demokratiefähigkeit 	
(11) Möglichkeiten der Bürger, ihre Interessen in den politischen Entscheidungsprozess einzubringen, bewerten	
<ul style="list-style-type: none"> P 2.2 Urteilskompetenz 2 P 2.3 Handlungskompetenz 6 I 3.2.2.2 Politische Teilhabe (7) I 3.3.2.2 Politische Teilhabe (11) L BNE Demokratiefähigkeit; Teilhabe, Mitwirkung, Mitbestimmung 	

3.1.3.4 Politischer Entscheidungsprozess in Deutschland

Die Schülerinnen und Schüler können Antworten auf die Fragen finden, wie die Macht zwischen den Verfassungsorganen in Deutschland verteilt ist (Macht und Entscheidung), wie die einzelnen Institutionen in Deutschland zusammenwirken (Ordnung und Struktur) und welchen Beitrag Verfahren und Institutionen zur Regelung und zum Schutz des friedlichen Zusammenlebens leisten (Interessen und Gemeinwohl).

Die Schülerinnen und Schüler können	
(1) Aufgaben des Bundestags beschreiben (Wahl, Kontrolle, Gesetzgebung, Repräsentation, Artikulation)	
<ul style="list-style-type: none"> I 3.3.2.4 Kontrolle politischer Herrschaft (1), (5) 	

Die Schülerinnen und Schüler können	
(2) die Arbeitsweise des Bundestags als Rede- und Arbeitsparlament beschreiben (Parlamentsdebatten, Ausschüsse, Fraktionen)	
I 3.3.2.4 Kontrolle politischer Herrschaft (1)	
(3) Formen von Gewaltenschränkung in der parlamentarischen Demokratie Deutschlands erklären (Opposition im Deutschen Bundestag als Kontrollinstanz, personelle Verschmelzung von Regierungsfractionen im Deutschen Bundestag mit der Regierung)	
I 3.2.2.3 Gesetzgebung und Regieren (1) I 3.3.2.3 Gesetzgebung und Regieren (4) I 3.3.2.4 Kontrolle politischer Herrschaft (2), (3)	
(4) die Stellung des Abgeordneten im Spannungsverhältnis von freiem Mandat (Art. 38 GG) und Fraktionsdisziplin (Art. 21 GG) erläutern	
P 2.1 Analysekompetenz 2, 7 P 2.4 Methodenkompetenz 4 I 3.3.2.4 Kontrolle politischer Herrschaft (3)	
(5) Aufgaben der Bundesregierung erläutern (politische Führung, Gesetzesinitiative, Ausführung von Gesetzen)	
(6) die Richtlinienkompetenz des Bundeskanzlers im Spannungsverhältnis von Verfassungsnorm (Art. 65 GG) und Verfassungsrealität (Parlamentsmehrheit, Koalitionskonstellation, Bundesratsmehrheiten, Interessenverbände) erläutern	
P 2.1 Analysekompetenz 2 P 2.4 Methodenkompetenz 4	
(7) den Gang der Gesetzgebung darstellen (Gesetzesinitiative, Lesung, Beratung in Ausschüssen, Abstimmung im Bundestag, Beratung und Abstimmung im Bundesrat, Vermittlungsausschuss, Unterzeichnung durch den Bundespräsidenten)	
P 2.4 Methodenkompetenz 5 I 3.2.2.3 Gesetzgebung und Regieren (1), (2) I 3.3.2.3 Gesetzgebung und Regieren (4), (5) I 3.3.2.4 Kontrolle politischer Herrschaft (5)	
(8) an einem vorgegebenen Fallbeispiel den Entscheidungsprozess (Initiative, Entscheidung, Kontrolle) und dabei das Zusammenwirken von Bundesregierung, -präsident, -tag und -rat bei der Gesetzgebung anhand des Politikzyklus analysieren	
P 2.1 Analysekompetenz 3 I 3.2.2.3 Gesetzgebung und Regieren (2), (4) I 3.3.2.3 Gesetzgebung und Regieren (5), (7) I 3.3.2.4 Kontrolle politischer Herrschaft (5) L BTV Konfliktbewältigung und Interessenausgleich	
(9) Erweiterungen des repräsentativen Systems Deutschlands durch plebiszitäre Elemente erörtern	
P 2.2 Urteilskompetenz 1 I 3.3.2.2 Politische Teilhabe (10)	

3.1.3.5 Kontrolle politischer Herrschaft in Deutschland

Die Schülerinnen und Schüler können Antworten auf die Fragen finden, wie staatliche Macht in Deutschland kontrolliert wird und wie die Judikative auf den Gesetzgebungsprozess einwirkt (Macht und Entscheidung).

Die Schülerinnen und Schüler können	
<u>(1) die Kontrolle politischer Herrschaft durch Medien erläutern (zum Beispiel investigativer Journalismus)</u>	
<ul style="list-style-type: none"> I 3.3.2.4 Kontrolle politischer Herrschaft (7) L MB Mediengesellschaft 	
<u>(2) verfassungsrechtliche Stellung und Aufgaben des Bundesverfassungsgerichts beschreiben (Normenkontrolle, Verfassungsbeschwerde, Parteienverbot, Organstreitigkeit)</u>	
<ul style="list-style-type: none"> I 3.2.2.3 Gesetzgebung und Regieren (4) I 3.3.2.3 Gesetzgebung und Regieren (7) 	
<u>(3) die Legitimation von Bundesverfassungsgericht und Bundestag vergleichen</u>	
<u>(4) die Kontrollfunktion des Bundesverfassungsgerichts erläutern und den Einfluss des Bundesverfassungsgerichts auf die Gesetzgebung des Bundestags mithilfe von Material überprüfen</u>	
<ul style="list-style-type: none"> I 3.2.2.3 Gesetzgebung und Regieren (4) I 3.3.2.3 Gesetzgebung und Regieren (7) I 3.3.2.4 Kontrolle politischer Herrschaft (6) 	

3.1.3.6 Problemlösefähigkeit des politischen Systems – eine Fallstudie

Die Schülerinnen und Schüler können Antworten auf die Fragen finden, wer im betroffenen Problemfeld mit welcher Legitimation Entscheidungen treffen kann (Macht und Entscheidung), welche Akteure betroffen sind und welche Interessen sie verfolgen (Interessen und Gemeinwohl) und wie durch die Festlegung von rechtlichen Regelungen das Problem gelöst werden soll (Regeln und Recht).

Die Schülerinnen und Schüler können	
<u>(1) anhand eines aktuellen politischen Konflikts (zum Beispiel Umwelt-, Verbraucher-, Energiepolitik, Digitalisierung, Migration, Verschuldung, demografischer Wandel, Friedenssicherung) eine Fallstudie erstellen</u>	
<ul style="list-style-type: none"> P 2.1 Analysekompetenz 2, 5, 6, 7 P 2.2 Urteilskompetenz 2, 5 P 2.4 Methodenkompetenz 1, 8, 9 F GEO 3.2.3.2 Phänomene globaler Disparitäten (3) F GEO 3.3.3.1 Globale Herausforderung: Ressourcenverfügbarkeit und Ressourcenmanagement (*) (2) F WBS 3.1.1 Verbraucher (1), (10) L BNE Bedeutung und Gefährdungen einer nachhaltigen Entwicklung; Friedensstrategien L BO Fachspezifische und handlungsorientierte Zugänge zur Arbeits- und Berufswelt L BTW Konfliktbewältigung und Interessenausgleich; Wertorientiertes Handeln L MB Informationelle Selbstbestimmung und Datenschutz; Mediengesellschaft L PG Selbstregulation und Lernen L VB Finanzen und Vorsorge 	

3.1.4 Internationale Beziehungen

3.1.4.1 Frieden und Menschenrechte

Die Schülerinnen und Schüler können Antworten auf die Fragen finden, wie die Menschenrechte international geschützt werden können und wie Frieden bewahrt, geschaffen und gesichert werden kann (Interessen und Gemeinwohl), welche Regeln die internationale Politik bestimmen und wo sie verankert sind (Regeln und Recht) und wie die UNO Entscheidungen trifft (Macht und Entscheidung).

Die Schülerinnen und Schüler können	
(1) einen vorgegebenen kriegerischen Konflikt analysieren	
<ul style="list-style-type: none"> P 2.1 Analysekompetenz 2, 6 I 3.2.1.2 Frieden und Sicherheit (1) I 3.3.4.1 Grundlagen des internationalen Systems (3) I 3.3.4.2 Frieden und Sicherheit (1) F REV 3.3.7 Religionen und Weltanschauungen (2) F RRK 3.3.2 Welt und Verantwortung (5) L BNE Friedensstrategien L BTV Konfliktbewältigung und Interessenausgleich 	
(2) die Konzepte des negativen und des positiven Friedens vergleichen	
<ul style="list-style-type: none"> I 3.2.1.2 Frieden und Sicherheit (2) I 3.3.4.2 Frieden und Sicherheit (2) L BNE Friedensstrategien 	
(3) Hauptziele (Wahrung von Weltfrieden und internationaler Sicherheit, Durchsetzung der Menschenrechte) und Grundsätze der UNO (staatliche Souveränität, allgemeines Gewaltverbot, verbindliche Beschlüsse des Sicherheitsrats, Recht zur individuellen und kollektiven Selbstverteidigung) beschreiben	
<ul style="list-style-type: none"> I 3.2.1.2 Frieden und Sicherheit (7) I 3.3.4.2 Frieden und Sicherheit (8) I 3.3.4.3 Wohlstand und Wohlstandsverteilung (2) F ETH 3.1.2.1 Friedliches Zusammenleben und die Bedeutung von Konflikten (3) L BNE Friedensstrategien L BTV Konfliktbewältigung und Interessenausgleich 	
(4) die Organe der UNO (Generalversammlung, Sicherheitsrat, Generalsekretär) hinsichtlich ihrer Legitimation beschreiben und die Aufgaben dieser Organe beschreiben (Artikulation, Wahl des Generalsekretärs und der nichtständigen Mitglieder, verbindliche und nicht verbindliche Beschlüsse, Repräsentation)	
<ul style="list-style-type: none"> I 3.2.1.3 Deutsche Außenpolitik (2) I 3.3.4.4 Deutsche Außenpolitik (2) 	
(5) Zusammensetzung (ständige und nichtständige Mitglieder) und Entscheidungsfindung des Sicherheitsrats beschreiben	

Die Schülerinnen und Schüler können	
(6) Maßnahmen der UNO zur Konfliktbeilegung nach Kapitel VI und VII der UN-Charta erläutern	
<ul style="list-style-type: none"> I 3.2.1.2 Frieden und Sicherheit (4) I 3.3.4.2 Frieden und Sicherheit (4) L BNE Friedensstrategien L BTV Konfliktbewältigung und Interessenausgleich 	
(7) an einem vorgegebenen Konflikt Maßnahmen der UNO zur Bewahrung, Schaffung und Sicherung des Friedens bewerten	
<ul style="list-style-type: none"> P 2.2 Urteilskompetenz 2 I 3.2.1.2 Frieden und Sicherheit (4), (9) I 3.2.1.4 Globales Regieren (2) I 3.3.4.2 Frieden und Sicherheit (4), (11) I 3.3.4.5 Globales Regieren (3) F ETH 3.2.2.1 Konfliktregelung und Friedensbildung (3) L BNE Friedensstrategien L BTV Konfliktbewältigung und Interessenausgleich 	
(8) an vorgegebenen Fallbeispielen die Einhaltung von Menschenrechten mithilfe von Auszügen aus der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte überprüfen	
<ul style="list-style-type: none"> P 2.4 Methodenkompetenz 4 I 3.2.1.2 Frieden und Sicherheit (6) I 3.3.4.2 Frieden und Sicherheit (7) F ETH 3.1.2.1 Friedliches Zusammenleben und die Bedeutung von Konflikten (3) 	
(9) Möglichkeiten zum Schutz der Menschenrechte durch internationale Organisationen (UN-Sicherheitsrat, UN-Menschenrechtsrat) und NGOs erläutern	
<ul style="list-style-type: none"> I 3.2.1.2 Frieden und Sicherheit (6), (7), (8) I 3.2.1.4 Globales Regieren (2) I 3.3.4.2 Frieden und Sicherheit (7), (8), (9), (10) I 3.3.4.5 Globales Regieren (3) F G 3.2.4 Europa nach der Französischen Revolution – Bürgertum, Nationalstaat, Verfassung (4) F RRK 3.3.7 Religionen und Weltanschauungen (6) L BNE Friedensstrategien L BTV Konfliktbewältigung und Interessenausgleich; Minderheitenschutz; Wertorientiertes Handeln 	

3.1.4.2 Die Europäische Union

Die Schülerinnen und Schüler können Antworten auf die Fragen finden, welche Möglichkeiten die Bürger haben, ihre Interessen in den politischen Entscheidungsprozess in der EU einzubringen, und wie die Macht zwischen den Organen der EU verteilt ist (Macht und Entscheidung), wie die einzelnen Institutionen innerhalb der EU zusammenwirken (Ordnung und Struktur), wie sich Entscheidungen der EU auf das Leben der Bürger auswirken und ob die EU erweitert werden soll (Interessen und Gemeinwohl).

Die Schülerinnen und Schüler können	
(1) erläutern, wie Entscheidungen der EU das tägliche Leben der EU-Bürger beeinflussen	
<ul style="list-style-type: none"> F WBS 3.1.3 Wirtschaftsbürger (9) L BNE Kriterien für nachhaltigkeitsfördernde und -hemmende Handlungen L BO Geschlechtsspezifische Aspekte bei der Berufswahl, Familien- und Lebensplanung; Informationen über Berufe, Bildungs-, Studien- und Berufswege L BTV Toleranz, Solidarität, Inklusion, Antidiskriminierung L PG Sucht und Abhängigkeit L VB Qualität der Konsumgüter; Verbraucherrechte 	
(2) Partizipationsmöglichkeiten der EU-Bürger beschreiben (Wahlen, Europäische Bürgerinitiative, Petitionen, Europäischer Bürgerbeauftragter)	
<ul style="list-style-type: none"> P 2.3 Handlungskompetenz 6 I 3.2.2.2 Politische Teilhabe (7) I 3.3.2.2 Politische Teilhabe (11) L BNE Demokratiefähigkeit; Teilhabe, Mitwirkung, Mitbestimmung 	
(3) die Organe der EU (Europäischer Rat, Europäische Kommission, Europäisches Parlament, Ministerrat, EuGH) hinsichtlich ihres Zusammenwirkens beim Entscheidungsprozess darstellen (Initiative, Entscheidung, Ausführung, Kontrolle) und hinsichtlich ihrer Legitimation (Wahl, Ernennung, von Amts wegen) beschreiben	
<ul style="list-style-type: none"> P 2.4 Methodenkompetenz 5 I 3.2.2.3 Gesetzgebung und Regieren (3), (4) I 3.3.2.3 Gesetzgebung und Regieren (6), (7) I 3.3.2.4 Kontrolle politischer Herrschaft (4), (5), (6) L BTV Konfliktbewältigung und Interessenausgleich 	
(4) die Organe der EU mit den Verfassungsorganen Deutschlands im Hinblick auf ihre Legitimation vergleichen	
(5) an einem vorgegebenem Fallbeispiel eine länderübergreifende Herausforderung innerhalb der EU anhand des Politikzyklus analysieren und Lösungsmöglichkeiten erörtern (zum Beispiel Umwelt-, Verbraucher-, Energiepolitik, Digitalisierung, Migration, Verschuldung, demografischer Wandel, Friedenssicherung)	
<ul style="list-style-type: none"> P 2.1 Analysekompetenz 3, 6, 7 P 2.2 Urteilskompetenz 1, 4 F WBS 3.1.3 Wirtschaftsbürger (10) L BNE Friedensstrategien; Komplexität und Dynamik nachhaltiger Entwicklung L BTV Wertorientiertes Handeln L MB Informationelle Selbstbestimmung und Datenschutz L VB Alltagskonsum; Verbraucherrechte 	

Die Schülerinnen und Schüler können

(6) die EU-Beitrittskriterien beschreiben

- P** 2.1 Analysekompetenz 6
F WBS 3.1.3 Wirtschaftsbürger (10)

(7) an einem vorgegebenen Fallbeispiel den möglichen Beitritt eines Staates unter Berücksichtigung formeller und informeller Gesichtspunkte erörtern (geostrategische, wirtschaftliche, kulturelle Interessen)

- P** 2.1 Analysekompetenz 6
P 2.2 Urteilskompetenz 1
F G 3.3.2 BRD und DDR – zwei Staaten, zwei Systeme in der geteilten Welt (11)

3.2 Klassen 12/13 (zweistündiger Kurs)

3.2.1 Internationale Beziehungen

3.2.1.1 Grundlagen des internationalen Systems

Die Schülerinnen und Schüler können Antworten auf die Frage finden, wie das internationale System aufgebaut ist (Ordnung und Struktur), welche Regeln die internationale Politik bestimmen (Regeln und Recht), wie Entscheidungen in den internationalen Beziehungen getroffen werden (Macht und Entscheidung), welche Akteure die internationale Politik beeinflussen (Privatheit und Öffentlichkeit) und welche Handlungsmotive das Verhalten der Akteure bestimmen (Interessen und Gemeinwohl).

Die Schülerinnen und Schüler können	
	(1) die Struktur des internationalen Systems beschreiben (Anarchie, Sicherheitsdilemma, Interdependenzen)
F G	3.4.5 West- und Osteuropa nach 1945: Streben nach Wohlstand und Partizipation (12.1, zweistündig) (2)
	(2) Akteure der internationalen Beziehungen beschreiben (Staaten, internationale Organisationen, transnationale Akteure) und ihre Handlungsmotive charakterisieren (Durchsetzung von Eigeninteressen, Einhaltung von Normen)
L	BTV Wertorientiertes Handeln
	(3) Rahmenbedingungen der Politik im Nationalstaat mit denen der internationalen Politik vergleichen (Gewaltmonopol, Gesetzgebung, Durchsetzung von Entscheidungen)

3.2.1.2 Frieden und Sicherheit

Die Schülerinnen und Schüler können Antworten auf die Frage geben, wie Frieden bewahrt, geschaffen und gesichert werden kann (Interessen und Gemeinwohl), welche rechtlichen Regelungen die internationalen Beziehungen bestimmen und wie Regelverletzungen geahndet werden (Regeln und Recht), wer mit welcher Legitimation Entscheidungen treffen kann (Macht und Entscheidung) und welche Akteure im Sachbereich Sicherheit die internationale Politik beeinflussen (Privatheit und Öffentlichkeit).

Die Schülerinnen und Schüler können	
	(1) Bedrohungen für die internationale Sicherheit erläutern (zum Beispiel Staatszerfall, Terrorismus, Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, Territorialkonflikte, Ressourcenkonflikte, Klimawandel, Cyber-Angriffe)
P	2.1 Analysekompetenz 6
I	3.1.4.1 Frieden und Menschenrechte (1)
F G	3.4.8 Aktuelle Probleme postkolonialer Räume in historischer Perspektive (12.2, vierstündig) (4)
F GEO	3.4.2.1 Globale Herausforderungen und Zukunftssicherung (2)
L BNE	Bedeutung und Gefährdungen einer nachhaltigen Entwicklung; Friedensstrategien

Die Schülerinnen und Schüler können	
(2) den erweiterten Sicherheitsbegriff beschreiben (Sach-, Referenz-, Gefahren-, Raumdimensionen)	
<p>P 2.1 Analysekompetenz 4, 6</p> <p>I 3.1.4.1 Frieden und Menschenrechte (2)</p> <p>L BNE Bedeutung und Gefährdungen einer nachhaltigen Entwicklung; Friedensstrategien</p>	
(3) den Wandel von klassischen Kriegen zu „Neuen Kriegen“ charakterisieren (Akteure, Ziele, Mittel)	
<p>P 2.1 Analysekompetenz 4</p>	
(4) die Weiterentwicklung der UN-Mandate vom klassischen Peacekeeping (Überwachung von Waffenstillständen) zum komplexen Peacekeeping (vorübergehende Übernahme von Regierungsverantwortung, Aufbau funktionsfähiger staatlicher Institutionen durch zivile Fachkräfte, Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen durch NGOs) erläutern	
<p>I 3.1.4.1 Frieden und Menschenrechte (6), (7)</p> <p>L BNE Friedensstrategien</p> <p>L BTV Konfliktbewältigung und Interessenausgleich; Minderheitenschutz</p>	
(5) die NATO als System der kollektiven Verteidigung (Art. 5 NATO-Vertrag) beschreiben und die NATO-Strategie vor dem Hintergrund der aktuellen Sicherheitslage erörtern	
<p>P 2.2 Urteilskompetenz 1</p> <p>P 2.4 Methodenkompetenz 4</p> <p>L BNE Friedensstrategien</p>	
(6) das Konzept der Schutzverantwortung der Staaten im humanitären Völkerrecht beschreiben (Universalität und Schutz von Menschenrechten, humanitäre Katastrophen als Friedensbedrohung, humanitäre Interventionen zur Sicherung der Menschenrechte)	
<p>I 3.1.4.1 Frieden und Menschenrechte (8), (9)</p> <p>F ETH 3.3.2.1 Grundlagen des Zusammenlebens (4), (6)</p> <p>L BNE Friedensstrategien</p> <p>L BTV Minderheitenschutz; Wertorientiertes Handeln</p>	
(7) das Spannungsverhältnis zwischen staatlicher Souveränität einerseits und Schutzverantwortung der Staatengemeinschaft sowie humanitären Interventionen andererseits darstellen	
<p>P 2.1 Analysekompetenz 2, 7</p> <p>I 3.1.4.1 Frieden und Menschenrechte (3), (9)</p> <p>L BNE Friedensstrategien</p> <p>L BTV Minderheitenschutz; Wertorientiertes Handeln</p>	
(8) Möglichkeiten zum Schutz der Menschenrechte durch internationale Organisationen (UN-Sicherheitsrat, UN-Menschenrechtsrat, ein internationales Strafgericht) und durch NGOs erläutern	
<p>I 3.1.2.2 Grundrechte (1)</p> <p>I 3.1.4.1 Frieden und Menschenrechte (9)</p> <p>L BTV Minderheitenschutz; Wertorientiertes Handeln</p>	

Die Schülerinnen und Schüler können

(9) Maßnahmen von UNO, NATO und NGOs zur Bewahrung, Schaffung und Sicherung des Friedens bewerten

- P** 2.2 Urteilskompetenz 2, 3
- I** 3.1.4.1 Frieden und Menschenrechte (7)
- L** BNE Friedensstrategien
- L** BTV Konfliktbewältigung und Interessenausgleich; Minderheitenschutz

3.2.1.3 Deutsche Außenpolitik

Die Schülerinnen und Schüler können Antworten auf die Frage geben, inwieweit Normen die deutsche Außenpolitik bestimmen (Interessen und Gemeinwohl), welche rechtlichen Regelungen die deutsche Außenpolitik bestimmen (Regeln und Recht) und welche Rolle Deutschland in internationalen Organisationen spielt (Macht und Entscheidung).

Die Schülerinnen und Schüler können

(1) Grundlagen der deutschen Sicherheitspolitik beschreiben (Präambel, Art. 24, 26 GG, Parlamentsarmee)

- P** 2.4 Methodenkompetenz 4
- L** BNE Friedensstrategien; Werte und Normen in Entscheidungssituationen

(2) die Mitwirkung Deutschlands in NATO und UNO beschreiben

- I** 3.1.4.1 Frieden und Menschenrechte (4)
- F** G 3.4.5 West- und Osteuropa nach 1945: Streben nach Wohlstand und Partizipation (12.1, zweistündig) (7)
- L** BNE Friedensstrategien

(3) mithilfe von Material überprüfen, inwieweit die deutsche Außenpolitik dem Zivilmächtskonzept entspricht (Einhegung militärischer Gewalt, Umsetzung international akzeptierter Normen, Entwicklung internationaler Institutionen)

- L** BNE Friedensstrategien; Werte und Normen in Entscheidungssituationen

(4) Anti-Terror-Gesetze im Spannungsfeld von Freiheit und Sicherheit bewerten

- P** 2.2 Urteilskompetenz 2, 3
- I** 3.1.2.2 Grundrechte (1)
- L** BNE Werte und Normen in Entscheidungssituationen
- L** BTV Formen interkulturellen und interreligiösen Dialogs; Formen von Vorurteilen, Stereotypen, Klischees

3.2.1.4 Globales Regieren

Die Schülerinnen und Schüler können Antworten auf die Frage geben, welche unterschiedlichen Formen des Regierens die internationalen Beziehungen bestimmen (Macht und Entscheidung) und welche Bedeutung die UNO für die internationale Politik hat (Interessen und Gemeinwohl).

Die Schülerinnen und Schüler können	
(1) unterschiedliche Formen des Regierens in den internationalen Beziehungen erläutern (durch Staaten, mit Staaten, ohne Staaten)	
(2) die UNO als Akteur in den internationalen Beziehungen bewerten (Konfliktlösung, Befriedung der internationalen Beziehungen, Schutz der Menschenrechte, Förderung nachhaltiger Entwicklung)	
<ul style="list-style-type: none"> P 2.2 Urteilskompetenz 2, 3 I 3.1.4.1 Frieden und Menschenrechte (7), (9) F G 3.4.5 West- und Osteuropa nach 1945: Streben nach Wohlstand und Partizipation (12.1, zweistündig) (2) F G 3.4.6 West- und Osteuropa nach 1945: Wege in die postindustrielle Zivilgesellschaft (12.1, vierstündig) (2) L BNE Friedensstrategien L BTV Formen interkulturellen und interreligiösen Dialogs; Konfliktbewältigung und Interessenausgleich; Minderheitenschutz 	

3.2.2 Politisches System

3.2.2.1 Grundlagen des politischen Systems

Die Schülerinnen und Schüler können Antworten auf die Frage geben, welche unterschiedlichen Formen politischer Systeme es gibt (Ordnung und Struktur), wie in den unterschiedlichen Systemen politische Entscheidungen getroffen werden (Macht und Entscheidung) und wie politische Herrschaft legitimiert wird (Interessen und Gemeinwohl).

Die Schülerinnen und Schüler können	
(1) demokratische, autoritäre und totalitäre Typen politischer Systeme vergleichen (zum Beispiel Herrschaftslegitimation, -zugang, -anspruch, -monopol, -struktur und -weise)	
<ul style="list-style-type: none"> P 2.1 Analysekompetenz 4 F G 3.4.3 Diktaturen im 20. Jahrhundert als Gegenentwürfe zur parlamentarischen Demokratie (11.2, zweistündig) (1) F G 3.4.4 Herrschaftsmodelle im 20. Jahrhundert: Bedrohung von Demokratie und Freiheit (11.2, vierstündig) (1) F G 3.4.5 West- und Osteuropa nach 1945: Streben nach Wohlstand und Partizipation (12.1, zweistündig) (3) F G 3.4.6 West- und Osteuropa nach 1945: Wege in die postindustrielle Zivilgesellschaft (12.1, vierstündig) (4) L BNE Teilhabe, Mitwirkung, Mitbestimmung L BTV Konfliktbewältigung und Interessenausgleich 	

Die Schülerinnen und Schüler können	
(2) Staatsstrukturprinzipien nach Art. 20, 23, 24 GG erläutern (Demokratie, Rechtsstaat, Bundesstaat, Republik, Sozialstaat, offene Staatlichkeit)	
P 2.4 Methodenkompetenz 4 I 3.1.1.3 Aufgaben und Probleme des Sozialstaats (1) I 3.1.2.1 Rechtliche Stellung des Jugendlichen und Rechtsordnung (4) I 3.1.3.3 Politischer Willensbildungsprozess in Deutschland (1) F ETH 3.3.2.1 Grundlagen des Zusammenlebens (2)	

3.2.2.2 Politische Teilhabe

Die Schülerinnen und Schüler können Antworten auf die Frage geben, wie politische Herrschaft in Deutschland legitimiert wird, ob die Teilhabemöglichkeiten der Bürger erweitert werden sollen (Macht und Entscheidung), welchen Beitrag die Beteiligungsverfahren zum demokratischen und gewaltfreien Lösen von Interessenkonflikten leisten und wie die Demokratie weiterentwickelt und gesichert werden kann (Interessen und Gemeinwohl).

Die Schülerinnen und Schüler können	
(1) das Wahlsystem zum Bundestag mit reinen Mehrheits- und Verhältniswahlsystemen in anderen Staaten vergleichen (Legitimation, Repräsentation, Regierungsbildung)	
P 2.1 Analysekompetenz 4 I 3.1.3.3 Politischer Willensbildungsprozess in Deutschland (4) L BNE Teilhabe, Mitwirkung, Mitbestimmung	
(2) das Wahlsystem zum Bundestag bewerten	
P 2.2 Urteilskompetenz 2, 3 I 3.1.3.3 Politischer Willensbildungsprozess in Deutschland (4) L BNE Teilhabe, Mitwirkung, Mitbestimmung	
(3) Ursachen des Nichtwählens (Protest, Politikferne, Zufriedenheit) beschreiben und mögliche Folgen einer geringen Wahlbeteiligung (fehlende Legitimation, Interessendurchsetzung wahlaktiver Minderheiten) erläutern	
P 2.1 Analysekompetenz 7	
(4) den Zusammenhang von sozialem Status (Milieuzugehörigkeit, Bildung) und der Partizipation der Bürger erklären sowie die Folgen für die Demokratie bewerten	
P 2.2 Urteilskompetenz 2, 3 L BNE Teilhabe, Mitwirkung, Mitbestimmung	
(5) die Bedeutung der Medien für die politische Teilhabe erläutern (zum Beispiel Meinungs- und Pressefreiheit, Medienkonsum, Medialisierung der Wahlkämpfe, Medialisierung der Politik)	
I 3.1.3.3 Politischer Willensbildungsprozess in Deutschland (7), (8) F D 3.4.1.3 Medien (17), (18) L MB Mediengesellschaft	

Die Schülerinnen und Schüler können	
<p>(6) die Erweiterung der Partizipationsmöglichkeiten um dialogorientierte Partizipationsformen und Bürgerbeteiligung erörtern (zum Beispiel Zukunftswerkstatt, Mediation, Beteiligungshaushalt, Beteiligungsportale)</p>	
P	2.1 Analysekompetenz 7
P	2.2 Urteilskompetenz 1
I	3.1.3.2 Politik in der Gemeinde (3)
L	BNE Teilhabe, Mitwirkung, Mitbestimmung
L	MB Information und Wissen; Mediengesellschaft
<p>(7) Möglichkeiten der Bürger, ihre Interessen in der repräsentativen Demokratie Deutschlands in den politischen Entscheidungsprozess einzubringen, bewerten</p>	
P	2.2 Urteilskompetenz 2, 3
I	3.1.3.2 Politik in der Gemeinde (2)
I	3.1.3.3 Politischer Willensbildungsprozess in Deutschland (1), (11)
I	3.1.4.2 Die Europäische Union (2)
L	BNE Demokratiefähigkeit; Teilhabe, Mitwirkung, Mitbestimmung

3.2.2.3 Gesetzgebung und Regieren

Die Schülerinnen und Schüler können Antworten auf die Fragen geben, wie staatliche Macht in Deutschland sowie zwischen Deutschland und der Europäischen Union verteilt ist, wie staatliche Macht in Deutschland kontrolliert wird (Macht und Entscheidung), wie das politische System Deutschlands aufgebaut ist (Ordnung und Struktur) und welchen Beitrag Verfahren und Institutionen zur Regelung und zum Schutz des friedlichen Zusammenlebens in Deutschland leisten (Interessen und Gemeinwohl).

Die Schülerinnen und Schüler können	
<p>(1) die Bedeutung der Exekutive für den Gesetzgebungsprozess erläutern (Initiativrecht, Ministerialbürokratie)</p>	
I	3.1.3.4 Politischer Entscheidungsprozess in Deutschland (3), (7)
<p>(2) die Mitwirkung des Bundesrats an der Gesetzgebung erläutern (einfache und zustimmungspflichtige Gesetze, Vermittlungsausschuss)</p>	
I	3.1.3.4 Politischer Entscheidungsprozess in Deutschland (7), (8)
<p>(3) die Europäisierung der Gesetzgebung erläutern (zum Beispiel EU-Verordnungen, -Richtlinien, -Beschlüsse und -Empfehlungen, Entscheidungen des EuGH)</p>	
I	3.1.4.2 Die Europäische Union (3)
<p>(4) die Entscheidungsfindung im föderalen System Deutschlands mit der Vielzahl an Mitregenten und Vetospielern bewerten (EU, Interessenverbände, Bundesrat, Bundesverfassungsgericht)</p>	
P	2.2 Urteilskompetenz 2, 3
I	3.1.3.3 Politischer Willensbildungsprozess in Deutschland (3)
I	3.1.3.4 Politischer Entscheidungsprozess in Deutschland (8)
I	3.1.3.5 Kontrolle politischer Herrschaft in Deutschland (2), (4)
I	3.1.4.2 Die Europäische Union (3)

3.3 Klassen 12/13 (vierstündiger Kurs)

3.3.1 Gesellschaft

3.3.1.1 Gesellschaftsstruktur und gesellschaftlicher Wandel

Die Schülerinnen und Schüler können Antworten auf die Frage geben, wie die Gesellschaft Deutschlands aufgebaut ist (Ordnung und Struktur) und wie gesellschaftliche Gleichheit oder Ungleichheit legitimiert werden kann (Interessen und Gemeinwohl).

Die Schülerinnen und Schüler können	
(1) Modelle der sozialen Differenzierung charakterisieren (Schichtmodell, soziale Milieus, Modell von Exklusion und Inklusion)	
P 2.1 Analysekompetenz 4 F G 3.4.5 West- und Osteuropa nach 1945: Streben nach Wohlstand und Partizipation (12.1, zweistündig) (4)	
(2) die Konzepte von Rawls und Nozick zu sozialer Gerechtigkeit, Gleichheit und Freiheit vergleichen (Gerechtigkeitsgrundsätze, Rechte und Verpflichtungen der Bürger gegenüber dem Staat, Begründungen des zulässigen Ausmaßes an Ungleichheit, Funktionen des Staates)	
P 2.1 Analysekompetenz 4 I 3.1.1.3 Aufgaben und Probleme des Sozialstaats (5) F ETH 3.3.2.2 Gerechtigkeit und Recht (2) L BNE Bedeutung und Gefährdungen einer nachhaltigen Entwicklung	
(3) den gesellschaftlichen Wandel mithilfe von Material analysieren (Werte, Familie, Demografie, Digitalisierung)	
P 2.1 Analysekompetenz 6, 7 I 3.1.1.1 Familie und Gesellschaft (1) F ETH 3.3.2.1 Grundlagen des Zusammenlebens (1) F G 3.4.1 Wege in die westliche Moderne (11.1, zweistündig) (6), (7)	

3.3.1.2 Ausgestaltung des Sozialstaats

Die Schülerinnen und Schüler können Antworten auf die Frage geben, welche Regelungen das Grundgesetz zur Ausgestaltung des Sozialstaats enthält (Regeln und Recht), welche unterschiedlichen Vorstellungen es zur Umsetzung des Sozialstaatsgebots gibt (Interessen und Gemeinwohl), welche wohlfahrtsstaatlichen Leistungen der Staat übernehmen soll (Privatheit und Öffentlichkeit) und wie der Sozialstaat ausgestaltet ist (Ordnung und Struktur).

Die Schülerinnen und Schüler können	
<p>(1) Aufgaben des Sozialstaats erläutern (soziale Sicherung, sozialer Ausgleich, politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Teilhabe, sozialer Frieden, wirtschaftliche Stabilisierung)</p>	
<p>P 2.1 Analysekompetenz 6 I 3.1.1.3 Aufgaben und Probleme des Sozialstaats (2) F G 3.4.1 Wege in die westliche Moderne (11.1, zweistündig) (4) L BNE Teilhabe, Mitwirkung, Mitbestimmung L BTV Konfliktbewältigung und Interessenausgleich; Toleranz, Solidarität, Inklusion, Antidiskriminierung</p>	
<p>(2) die Ausgestaltung des Sozialstaats nach dem Versicherungs-, Fürsorge- und Versorgungsprinzip charakterisieren (Zielsetzung, Anspruchsberechtigte, Finanzierung, Gestaltungsprinzip)</p>	
<p>I 3.1.1.3 Aufgaben und Probleme des Sozialstaats (3), (4), (8) L BO Fachspezifische und handlungsorientierte Zugänge zur Arbeits- und Berufswelt L VB Finanzen und Vorsorge</p>	
<p>(3) das im Grundgesetz verankerte Spannungsverhältnis von individueller Freiheit und Sozialstaatsgebot erklären (Art. 1, 2 Abs. 1, 20 GG)</p>	
<p>P 2.4 Methodenkompetenz 4 I 3.1.1.3 Aufgaben und Probleme des Sozialstaats (1) I 3.1.2.2 Grundrechte (1) L BNE Werte und Normen in Entscheidungssituationen</p>	
<p>(4) Modelle des Wohlfahrtsstaats nach Esping-Andersen (liberal, konservativ, sozialdemokratisch) vergleichen (Dekommodifizierung, Bedeutung von Familie, Markt und Staat, sozialpolitische Hauptanliegen)</p>	
<p>P 2.1 Analysekompetenz 4 L BTV Konfliktbewältigung und Interessenausgleich; Toleranz, Solidarität, Inklusion, Antidiskriminierung</p>	
<p>(5) neue soziale Risiken als Herausforderungen für den Sozialstaat erläutern (demografischer Wandel, Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt, Wandel der Familie)</p>	
<p>P 2.1 Analysekompetenz 6 I 3.1.1.1 Familie und Gesellschaft (1) I 3.1.1.3 Aufgaben und Probleme des Sozialstaats (7) L BO Fachspezifische und handlungsorientierte Zugänge zur Arbeits- und Berufswelt</p>	
<p>(6) eine sozialstaatliche Reformmaßnahme bewerten</p>	
<p>P 2.2 Urteilskompetenz 2, 3</p>	

3.3.1.3 Politik der Chancengleichheit

Die Schülerinnen und Schüler können Antworten auf die Frage geben, wie sich Ungleichheit in Deutschland entwickelt und wie sich die Gesellschaft zusammensetzt (Ordnung und Struktur), ob der Staat Einkommen und Vermögen umverteilen soll (Knappheit und Verteilung) und inwieweit es dem Staat gelingt, Chancengleichheit herzustellen (Interessen und Gemeinwohl).

Die Schülerinnen und Schüler können	
Verteilungspolitik	
(1) die Entwicklung der vertikalen Ungleichheit bei Einkommen und Vermögen mithilfe von Material analysieren	
L	BNE Bedeutung und Gefährdungen einer nachhaltigen Entwicklung
(2) politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Folgen ungleicher Einkommens- und Vermögensverteilung erläutern	
P	2.1 Analysekompetenz 6, 7
I	3.1.1.3 Aufgaben und Probleme des Sozialstaats (7)
L	BNE Teilhabe, Mitwirkung, Mitbestimmung
(3) Maßnahmen der Umverteilung durch den Staat erläutern (Steuern, Transferzahlungen, sozial gestaltetes öffentliches Güterangebot)	
L	BTV Konfliktbewältigung und Interessenausgleich; Toleranz, Solidarität, Inklusion, Antidiskriminierung
(4) die Einkommensbesteuerung beschreiben (Grundfreibetrag, Progression, Kinderfreibetrag, Spitzensteuersatz, Durchschnittssteuersatz) und deren Ausgestaltung bewerten	
P	2.2 Urteilskompetenz 2, 3
L	BTV Konfliktbewältigung und Interessenausgleich; Toleranz, Solidarität, Inklusion, Antidiskriminierung
(5) erörtern, ob durch staatliche Maßnahmen die Vermögensunterschiede in einer Gesellschaft reduziert werden sollen (zum Beispiel Erbschaftssteuer, Vermögenssteuer, Vermögensabgabe)	
P	2.2 Urteilskompetenz 1
L	BTV Konfliktbewältigung und Interessenausgleich; Toleranz, Solidarität, Inklusion, Antidiskriminierung
(6) mithilfe von Material überprüfen, inwieweit durch Umverteilungspolitik gleiche Chancen zur politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Teilhabe gewährleistet werden	
P	2.1 Analysekompetenz 6
L	BNE Teilhabe, Mitwirkung, Mitbestimmung
L	BTV Toleranz, Solidarität, Inklusion, Antidiskriminierung
Migrations- und Integrationspolitik	
(7) Migrationsbewegungen innerhalb der EU und die Zusammensetzung der Bevölkerung in Deutschland und der EU mithilfe von Material analysieren	
I	3.1.1.2 Zuwanderung nach Deutschland (1), (2)

Die Schülerinnen und Schüler können	
(8) politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Folgen von Zuwanderung erläutern	
<ul style="list-style-type: none"> P 2.1 Analysekompetenz 6, 7 I 3.1.1.2 Zuwanderung nach Deutschland (3), (4) I 3.1.1.3 Aufgaben und Probleme des Sozialstaats (7) L BNE Teilhabe, Mitwirkung, Mitbestimmung 	
(9) Maßnahmen staatlicher Migrations- und Integrationspolitik (Regulierung der Zuwanderung, Zugang zum Arbeitsmarkt, Sprach- und Bildungsförderung, Abbau kultureller Barrieren, Staatsangehörigkeitsrecht) und zivilgesellschaftliche Initiativen zur Integrationsförderung erläutern	
<ul style="list-style-type: none"> P 2.1 Analysekompetenz 6 I 3.1.1.2 Zuwanderung nach Deutschland (4), (5) I 3.1.1.3 Aufgaben und Probleme des Sozialstaats (7) L BTV Formen interkulturellen und interreligiösen Dialogs; Toleranz, Solidarität, Inklusion, Antidiskriminierung 	
(10) mithilfe von Material überprüfen, inwieweit durch Integrationspolitik gleiche Chancen zur politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Teilhabe gewährleistet werden	
<ul style="list-style-type: none"> P 2.1 Analysekompetenz 6 I 3.1.1.2 Zuwanderung nach Deutschland (4) L BNE Teilhabe, Mitwirkung, Mitbestimmung L BTV Toleranz, Solidarität, Inklusion, Antidiskriminierung 	
Bildungspolitik	
(11) die Entwicklung der Teilnahme an Bildung und die Entwicklung der Bildungsabschlüsse sowie die Einflussfaktoren darauf (soziale Herkunft, Migrationshintergrund, Geschlecht) mithilfe von Material analysieren	
<ul style="list-style-type: none"> I 3.1.1.2 Zuwanderung nach Deutschland (4) F ETH 3.3.1.2 Freiheit und Anthropologie (3) L BNE Teilhabe, Mitwirkung, Mitbestimmung L BO Geschlechtsspezifische Aspekte bei der Berufswahl, Familien- und Lebensplanung 	
(12) politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Folgen von ungleichen Bildungschancen erläutern	
<ul style="list-style-type: none"> P 2.1 Analysekompetenz 6, 7 I 3.1.1.2 Zuwanderung nach Deutschland (4) L BNE Teilhabe, Mitwirkung, Mitbestimmung 	
(13) Maßnahmen staatlicher Bildungspolitik und gesellschaftliche Initiativen zur Bildungsförderung erläutern	
<ul style="list-style-type: none"> P 2.1 Analysekompetenz 7 L BNE Teilhabe, Mitwirkung, Mitbestimmung L BO Geschlechtsspezifische Aspekte bei der Berufswahl, Familien- und Lebensplanung L BTV Toleranz, Solidarität, Inklusion, Antidiskriminierung 	
(14) mithilfe von Material überprüfen, inwieweit durch Bildungspolitik gleiche Bildungschancen gewährleistet werden	
<ul style="list-style-type: none"> L BNE Teilhabe, Mitwirkung, Mitbestimmung L BO Geschlechtsspezifische Aspekte bei der Berufswahl, Familien- und Lebensplanung L BTV Toleranz, Solidarität, Inklusion, Antidiskriminierung 	

3.3.2 Politisches System

3.3.2.1 Grundlagen des politischen Systems

Die Schülerinnen und Schüler können Antworten auf die Frage geben, welche unterschiedlichen Formen politischer Systeme es gibt (Ordnung und Struktur), wie in den unterschiedlichen Systemen politische Entscheidungen getroffen werden (Macht und Entscheidung) und wie politische Herrschaft legitimiert wird (Interessen und Gemeinwohl).

Die Schülerinnen und Schüler können	
(1) neuzeitliche Vertragstheorien zur Legitimation politischer Herrschaft (Hobbes, Locke und Rousseau) vergleichen (Menschenbild, Begründung des Vertrags, Staatsstruktur, Rechte des Einzelnen, Gemeinwohlverständnis)	
P 2.1 Analysekompetenz 4 L BNE Teilhabe, Mitwirkung, Mitbestimmung L BTV Konfliktbewältigung und Interessenausgleich	
(2) neuere Demokratietheorien (Schumpeter, Habermas, Scharpf) in Bezug auf die Input- und Output-Legitimation vergleichen	
P 2.1 Analysekompetenz 4 L BNE Teilhabe, Mitwirkung, Mitbestimmung L BTV Konfliktbewältigung und Interessenausgleich	
(3) demokratische, autoritäre und totalitäre Typen politischer Systeme vergleichen (zum Beispiel Herrschaftslegitimation, -zugang, -anspruch, -monopol, -struktur und -weise)	
P 2.1 Analysekompetenz 4 F G 3.4.3 Diktaturen im 20. Jahrhundert als Gegenentwürfe zur parlamentarischen Demokratie (11.2, zweistündig) (1) F G 3.4.5 West- und Osteuropa nach 1945: Streben nach Wohlstand und Partizipation (12.1, zweistündig) (3) L BNE Teilhabe, Mitwirkung, Mitbestimmung L BTV Konfliktbewältigung und Interessenausgleich	
(4) Wechselwirkungen zwischen politischer Ordnung und Wirtschaftsordnung erläutern	
P 2.1 Analysekompetenz 4	
(5) Modelle der Demokratie charakterisieren (plebiszitär – repräsentativ, parlamentarisch – präsidentiell, Konkordanz – Konkurrenz)	
P 2.1 Analysekompetenz 4 I 3.1.3.2 Politik in der Gemeinde (3)	
(6) Staatsstrukturprinzipien nach Art. 20, 23, 24 GG erläutern (Demokratie, Rechtsstaat, Bundesstaat, Republik, Sozialstaat, offene Staatlichkeit)	
P 2.4 Methodenkompetenz 4 I 3.1.1.3 Aufgaben und Probleme des Sozialstaats (1) I 3.1.2.1 Rechtliche Stellung des Jugendlichen und Rechtsordnung (4) I 3.1.3.3 Politischer Willensbildungsprozess in Deutschland (1) F ETH 3.3.2.1 Grundlagen des Zusammenlebens (2)	

3.3.2.2 Politische Teilhabe

Die Schülerinnen und Schüler können Antworten auf die Frage geben, wie politische Herrschaft in Deutschland legitimiert wird, ob die Teilhabemöglichkeiten der Bürger erweitert werden sollen (Macht und Entscheidung), welchen Beitrag die Beteiligungsverfahren zum demokratischen und gewaltfreien Lösen von Interessenkonflikten leisten und wie die Demokratie weiterentwickelt und gesichert werden kann (Interessen und Gemeinwohl).

Die Schülerinnen und Schüler können	
	(1) das Wahlsystem zum Bundestag mit reinen Mehrheits- und Verhältniswahlsystemen in anderen Staaten vergleichen (Legitimation, Repräsentation, Regierungsbildung)
P	2.1 Analysekompetenz 4
I	3.1.3.3 Politischer Willensbildungsprozess in Deutschland (4)
L	BNE Teilhabe, Mitwirkung, Mitbestimmung
	(2) das Wahlsystem zum Bundestag bewerten
P	2.2 Urteilskompetenz 2, 3
I	3.1.3.3 Politischer Willensbildungsprozess in Deutschland (4)
L	BNE Teilhabe, Mitwirkung, Mitbestimmung
	(3) Wahlverhalten anhand der Rational-Choice-, der soziologischen und der individualpsychologischen Theorie erklären
P	2.1 Analysekompetenz 4
	(4) Ursachen des Nichtwählens (Protest, Politikferne, Zufriedenheit) beschreiben und mögliche Folgen einer geringen Wahlbeteiligung (fehlende Legitimation, Interessendurchsetzung wahlaktiver Minderheiten) erläutern
P	2.1 Analysekompetenz 7
	(5) den Zusammenhang von sozialem Status (Milieuzugehörigkeit, Bildung) und Partizipation der Bürger erklären sowie die Folgen für die Demokratie bewerten
P	2.2 Urteilskompetenz 2, 3
L	BNE Teilhabe, Mitwirkung, Mitbestimmung
	(6) die Bedeutung der Medien für die politische Teilhabe erläutern (zum Beispiel Meinungs- und Pressefreiheit, Medienkonsum, Medialisierung der Wahlkämpfe, Medialisierung der Politik)
I	3.1.3.3 Politischer Willensbildungsprozess in Deutschland (7), (8)
F	D 3.4.1.3 Medien (17), (18)
L	MB Mediengesellschaft
	(7) die Entstehung von Parteien und die Struktur des Parteiensystems anhand eines Modells erklären (zum Beispiel Cleavage-Modell)
P	2.1 Analysekompetenz 4
	(8) Kritik am Einfluss der Parteien auf Staat und Gesellschaft erörtern (Besetzung von Ämtern, Einflussnahme auf die Medien)

Die Schülerinnen und Schüler können	
P 2.2 Urteilskompetenz 1 I 3.1.3.3 Politischer Willensbildungsprozess in Deutschland (5)	<p>(9) die Erweiterung der Partizipationsmöglichkeiten um dialogorientierte Partizipationsformen und Bürgerbeteiligung erörtern (zum Beispiel Zukunftswerkstatt, Mediation, Beteiligungshaushalt, Beteiligungsportale)</p>
P 2.1 Analysekompetenz 7 P 2.2 Urteilskompetenz 1 I 3.1.3.2 Politik in der Gemeinde (3) L BNE Teilhabe, Mitwirkung, Mitbestimmung L MB Information und Wissen; Mediengesellschaft	<p>(10) das politische System der Schweiz als halbdirekte Demokratie charakterisieren und eine Erweiterung des repräsentativen Systems Deutschlands durch plebiszitäre Elemente bewerten</p>
P 2.2 Urteilskompetenz 2, 3 I 3.1.3.4 Politischer Entscheidungsprozess in Deutschland (9) L BNE Teilhabe, Mitwirkung, Mitbestimmung	<p>(11) Möglichkeiten der Bürger, ihre Interessen in der repräsentativen Demokratie Deutschlands in den politischen Entscheidungsprozess einzubringen, bewerten</p>
P 2.2 Urteilskompetenz 2, 3 I 3.1.3.2 Politik in der Gemeinde (2) I 3.1.3.3 Politischer Willensbildungsprozess in Deutschland (1), (11) I 3.1.4.2 Die Europäische Union (2) L BNE Demokratiefähigkeit; Teilhabe, Mitwirkung, Mitbestimmung	<p>(11) Möglichkeiten der Bürger, ihre Interessen in der repräsentativen Demokratie Deutschlands in den politischen Entscheidungsprozess einzubringen, bewerten</p>

3.3.2.3 Gesetzgebung und Regieren

Die Schülerinnen und Schüler können Antworten auf die Fragen geben, wie staatliche Macht in Deutschland sowie zwischen Deutschland und der Europäischen Union verteilt ist, wie staatliche Macht in Deutschland kontrolliert wird und welchen Einfluss nicht staatliche Akteure auf Gesetzgebung und Kontrolle haben (Macht und Entscheidung), wie das politische System Deutschlands aufgebaut ist (Ordnung und Struktur) und welchen Beitrag Verfahren und Institutionen zur Regelung und zum Schutz des friedlichen Zusammenlebens in Deutschland leisten (Interessen und Gemeinwohl).

Die Schülerinnen und Schüler können	
P 2.1 Analysekompetenz 4 I 3.1.3.3 Politischer Willensbildungsprozess in Deutschland (3) L BTW Personale und gesellschaftliche Vielfalt	<p>(1) die Pluralismustheorie Fraenkels charakterisieren</p>
	<p>(2) den Einfluss von Interessenverbänden auf Parlament und Regierung erörtern (Einfluss auf die öffentliche Meinung, personelle und finanzielle Unterstützung, Expertise)</p>

Die Schülerinnen und Schüler können	
<p>P 2.2 Urteilskompetenz 1 I 3.1.3.3 Politischer Willensbildungsprozess in Deutschland (3) L MB Mediengesellschaft</p>	(3) den Einfluss der Medien auf Gesetzgebung und Regieren erläutern
<p>I 3.1.3.3 Politischer Willensbildungsprozess in Deutschland (7) L MB Mediengesellschaft</p>	(4) die Bedeutung der Exekutive für die Gesetzgebung erläutern (Initiativrecht, Ministerialbürokratie)
<p>I 3.1.3.4 Politischer Entscheidungsprozess in Deutschland (3), (7)</p>	(5) die Mitwirkung des Bundesrats an der Gesetzgebung erläutern (einfache und zustimmungspflichtige Gesetze, Vermittlungsausschuss)
<p>I 3.1.3.4 Politischer Entscheidungsprozess in Deutschland (7), (8)</p>	(6) die Europäisierung der Gesetzgebung erläutern (zum Beispiel EU-Verordnungen, -Richtlinien, -Beschlüsse und -Empfehlungen, Entscheidungen des EuGH)
<p>I 3.1.4.2 Die Europäische Union (3)</p>	(7) die Entscheidungsfindung im föderalen System Deutschlands mit der Vielzahl an Mitregenten und Vetospielern bewerten (EU, Interessenverbände, Bundesrat, Bundesverfassungsgericht)
<p>P 2.2 Urteilskompetenz 2, 3 I 3.1.3.3 Politischer Willensbildungsprozess in Deutschland (3) I 3.1.3.4 Politischer Entscheidungsprozess in Deutschland (8) I 3.1.3.5 Kontrolle politischer Herrschaft in Deutschland (2), (4) I 3.1.4.2 Die Europäische Union (3)</p>	

3.3.2.4 Kontrolle politischer Herrschaft

Die Schülerinnen und Schüler können Antworten auf die Fragen geben, wie staatliche Macht in Deutschland und in der EU kontrolliert und begrenzt wird und welche Bedeutung Medien für eine demokratische Gesellschaft haben (Macht und Entscheidung).

Die Schülerinnen und Schüler können	
<p>I 3.1.3.4 Politischer Entscheidungsprozess in Deutschland (1), (2)</p>	(1) parlamentarische Kontrollrechte beschreiben (Plenarsitzung, konstruktives Misstrauensvotum, Budgetrecht, Fragerechte des Bundestags, Aktuelle Stunde, Untersuchungsausschüsse)
<p></p>	(2) Formen von Gewaltenschränkung in der parlamentarischen Demokratie Deutschlands erklären (Opposition im Deutschen Bundestag als Kontrollinstanz, personelle und programmatische Verschmelzung von Regierungsfractionen im Deutschen Bundestag mit der Regierung, informeller Einfluss der Regierungsfractionen auf die Regierungsarbeit)

Die Schülerinnen und Schüler können

- I** 3.1.3.4 Politischer Entscheidungsprozess in Deutschland (3)
F G 3.4.3 Diktaturen im 20. Jahrhundert als Gegenentwürfe zur parlamentarischen Demokratie (11.2, zweistündig) (6)
L BTV Konfliktbewältigung und Interessenausgleich

(3) mithilfe von Material überprüfen, inwieweit Mehrheits- und Minderheitsfraktionen ihre Kontrollfunktion wahrnehmen

- I** 3.1.3.4 Politischer Entscheidungsprozess in Deutschland (3), (4)

(4) die Kontrollmöglichkeiten auf EU-Ebene durch das Europäische Parlament beschreiben (Fragerechte, Wahl des Kommissionspräsidenten und Bestätigung der Kommission, Misstrauensvotum gegen die Kommission, Untersuchungsausschüsse, Budgetrecht)

- I** 3.1.4.2 Die Europäische Union (3)

(5) Kontrollmöglichkeiten des Europäischen Parlaments mit denen des Deutschen Bundestags vergleichen (Einfluss auf die Exekutive, Rolle in der Gesetzgebung)

- I** 3.1.3.4 Politischer Entscheidungsprozess in Deutschland (1), (7), (8)
I 3.1.4.2 Die Europäische Union (3)

(6) die Aufgaben des EuGH beschreiben (zum Beispiel Nichtigkeitsklagen, Vertragsverletzungsverfahren, Untätigkeitsklagen, Vorabentscheidungen) und an einem vorgegebenen Fallbeispiel die Kontrollfunktion des EuGH bewerten

- P** 2.2 Urteilskompetenz 2, 3
I 3.1.3.5 Kontrolle politischer Herrschaft in Deutschland (4)
I 3.1.4.2 Die Europäische Union (3)

(7) erörtern, ob Medien ihre Kontrollfunktion wahrnehmen (zum Beispiel Wirklichkeitsverzerrung durch Medien, Journalisten als politische Akteure, Journalismus unter wirtschaftlichen Zwängen, investigativer Journalismus)

- P** 2.2 Urteilskompetenz 1
I 3.1.3.5 Kontrolle politischer Herrschaft in Deutschland (1)
F D 3.4.1.3 Medien (17), (18)
L MB Information und Wissen; Mediengesellschaft

3.3.3 Wirtschaftspolitik

3.3.3.1 Grundlagen der Wirtschaftspolitik

Die Schülerinnen und Schüler können Antworten auf die Fragen geben, wie die Wirtschaftsordnung in Deutschland ausgestaltet ist (Ordnung und Struktur), welche Ziele staatliche Wirtschaftspolitik in Deutschland und der EU verfolgt (Interessen und Gemeinwohl), inwieweit der Staat in das wirtschaftliche Geschehen eingreifen soll (Privatheit und Öffentlichkeit) und wie wirtschaftliche Prozesse koordiniert werden sollen (Macht und Entscheidung).

Die Schülerinnen und Schüler können	
<p>(1) die Konzepte des Ordoliberalismus, Neoliberalismus, Keynesianismus und des Marxismus vergleichen (Stellenwert des Individuums, Effizienz sowie Stabilität und Instabilität von Märkten, Verhältnis von Markt und Staat)</p>	<p>P 2.1 Analysekompetenz 4 F G 3.4.1 Wege in die westliche Moderne (11.1, zweistündig) (2) F G 3.4.5 West- und Osteuropa nach 1945: Streben nach Wohlstand und Partizipation (12.1, zweistündig) (4), (9)</p>
<p>(2) Formen des Marktversagens (zum Beispiel fehlende Bereitstellung öffentlicher Güter, Fehlallokation durch externe Effekte, Gefährdung des Wettbewerbs, Informationsasymmetrien) und die Forderung nach wirtschaftspolitischem Handlungsbedarf erklären</p>	<p>P 2.1 Analysekompetenz 4 L BNE Bedeutung und Gefährdungen einer nachhaltigen Entwicklung; Kriterien für nachhaltigkeitsfördernde und -hemmende Handlungen</p>
<p>(3) Markt, Hierarchien und Kooperation als Koordinationsmechanismen erläutern</p>	<p>P 2.1 Analysekompetenz 4 L BTW Konfliktbewältigung und Interessenausgleich</p>
<p>(4) die Ziele der deutschen Wirtschaftspolitik erläutern (Magisches Viereck und seine Erweiterung zum Sechseck) und mit den Grundzügen der Wirtschaftspolitik in der EU (Empfehlung des Rates) vergleichen</p>	<p>L BNE Bedeutung und Gefährdungen einer nachhaltigen Entwicklung; Kriterien für nachhaltigkeitsfördernde und -hemmende Handlungen L BTW Wertorientiertes Handeln</p>

3.3.3.2 Wohlstand und Wirtschaftswachstum

Die Schülerinnen und Schüler können Antworten auf die Fragen geben, wie Wohlstand in einer Gesellschaft gemessen und verteilt werden soll (Knappheit und Verteilung), inwieweit der Staat auf nationaler oder europäischer Ebene zur Wohlstands- und Wachstumsförderung in das wirtschaftliche Geschehen eingreifen soll (Privatheit und Öffentlichkeit) und wie er die Prozesse in diesen Bereichen koordinieren soll (Macht und Entscheidung).

Die Schülerinnen und Schüler können	
(1) die Bedeutung von Wachstum erklären (Verteilungs-, Beschäftigungs- und Machteffekte)	
(2) Einflussfaktoren auf das Wachstum erläutern (politische, gesellschaftliche, wirtschaftliche, natürliche Rahmenbedingungen)	
P 2.1 L BNE	Analysekompetenz 6 Bedeutung und Gefährdungen einer nachhaltigen Entwicklung; Kriterien für nachhaltigkeitsfördernde und -hemmende Handlungen
(3) Konzepte zur Messung von Wachstum und Wohlstand erörtern (BIP und ein alternatives Konzept zur Wohlstandsmessung)	
P 2.2 L BNE	Urteilskompetenz 1 Bedeutung und Gefährdungen einer nachhaltigen Entwicklung; Kriterien für nachhaltigkeitsfördernde und -hemmende Handlungen
(4) die Konzepte der Angebots- und der Nachfrageorientierung zur Wachstumsförderung vergleichen	
P 2.1	Analysekompetenz 4
(5) Maßnahmen der Wachstumspolitik auf nationaler oder europäischer Ebene bewerten	
P 2.2	Urteilskompetenz 2, 3

3.3.3.3 Aufgaben nationaler und europäischer Wirtschaftspolitik

Die Schülerinnen und Schüler können Antworten auf die Fragen geben, inwieweit der Staat auf nationaler oder europäischer Ebene in den Bereichen der Beschäftigungs- und Fiskalpolitik in das wirtschaftliche Geschehen eingreifen soll (Privatheit und Öffentlichkeit), wie er die Prozesse in diesen Bereichen koordinieren soll und welchen Rahmen die Geldpolitik für wirtschaftliches Handeln bildet (Macht und Entscheidung).

Die Schülerinnen und Schüler können	
Beschäftigungspolitik	
(1) die Entwicklung des Arbeitsmarkts mithilfe von Material analysieren (Arbeitslosenquote, Arbeitsvolumen, Sockelarbeitslosigkeit)	
F G	3.4.5 West- und Osteuropa nach 1945: Streben nach Wohlstand und Partizipation (12.1, zweistündig) (4), (9)
(2) strukturelle und konjunkturelle Arbeitslosigkeit erklären	

Die Schülerinnen und Schüler können	
(3) individuelle, gesellschaftliche und volkswirtschaftliche Folgen von Arbeitslosigkeit erläutern	
<ul style="list-style-type: none"> P 2.1 Analysekompetenz 6, 7 I 3.1.1.3 Aufgaben und Probleme des Sozialstaats (7) L BO Fachspezifische und handlungsorientierte Zugänge zur Arbeits- und Berufswelt L BTV Formen von Vorurteilen, Stereotypen, Klischees 	
(4) das Prinzip der Tarifautonomie erläutern (Art. 9 GG, Tarifpartner, Tarifverhandlungen)	
<ul style="list-style-type: none"> P 2.1 Analysekompetenz 2 P 2.4 Methodenkompetenz 4 L BTV Konfliktbewältigung und Interessenausgleich 	
(5) Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt in Deutschland (Reallöhne und Niedriglohnsektor) sowie die Entwicklung der Lohnstückkosten im europäischen Vergleich mithilfe von Material analysieren	
<ul style="list-style-type: none"> I 3.1.1.3 Aufgaben und Probleme des Sozialstaats (7) L BO Fachspezifische und handlungsorientierte Zugänge zur Arbeits- und Berufswelt 	
(6) die Konzepte der Angebots- und der Nachfrageorientierung zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit vergleichen	
<ul style="list-style-type: none"> P 2.1 Analysekompetenz 4 	
(7) Maßnahmen zur Regulierung des Arbeitsmarkts bewerten (zum Beispiel Kündigungsschutz, Mindestlohn, Kurzarbeitergeld)	
<ul style="list-style-type: none"> P 2.2 Urteilskompetenz 2, 3 I 3.1.1.3 Aufgaben und Probleme des Sozialstaats (7) L BO Fachspezifische und handlungsorientierte Zugänge zur Arbeits- und Berufswelt 	
(8) politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Folgen des globalisierten Arbeitsmarkts für Deutschland erläutern	
<ul style="list-style-type: none"> P 2.1 Analysekompetenz 6, 7 I 3.1.1.2 Zuwanderung nach Deutschland (3) L BO Fachspezifische und handlungsorientierte Zugänge zur Arbeits- und Berufswelt 	
(9) Maßnahmen der Beschäftigungspolitik auf nationaler oder europäischer Ebene bewerten	
<ul style="list-style-type: none"> P 2.2 Urteilskompetenz 2, 3 	
Geldpolitik	
(10) reale (Angebots- und Nachfrageinflation) und monetäre Ursachen (Geldbasis, Geldmultiplikator, Geldmenge) von Inflation erklären	
<ul style="list-style-type: none"> P 2.1 Analysekompetenz 4 	
(11) das Prinzip der Unabhängigkeit der EZB, ihre Ziele, ihre Instrumente (Liquiditäts-, Zinspolitik) und ihre Legitimation beschreiben	
(12) die Konzepte der restriktiven und der expansiven Geldpolitik vergleichen	
<ul style="list-style-type: none"> P 2.1 Analysekompetenz 4 	

Die Schülerinnen und Schüler können	
(13) die Geldpolitik der EZB bewerten	

P	2.2 Urteilskompetenz 2, 3
Fiskalpolitik	
(14) Funktionen des Staatshaushalts erläutern (gesamtwirtschaftliche Funktion, verteilungs- und sozialpolitische Funktion, Verwirklichung politischer Ziele, Bedarfsdeckung)	

P	2.1 Analysekompetenz 6
I	3.1.1.3 Aufgaben und Probleme des Sozialstaats (8)
L	BNE Bedeutung und Gefährdungen einer nachhaltigen Entwicklung
L	BTV Wertorientiertes Handeln
(15) die Konzepte der kontraktiven und der expansiven Fiskalpolitik vergleichen	

P	2.1 Analysekompetenz 4
(16) Maßnahmen der Fiskalpolitik auf nationaler oder europäischer Ebene bewerten	

P	2.2 Urteilskompetenz 2, 3
(17) mögliche Wechselwirkungen zwischen den unterschiedlichen Politikfeldern Fiskal-, Wachstums-, Beschäftigungs- und Geldpolitik darstellen	

P	2.4 Methodenkompetenz 5

3.3.4 Internationale Beziehungen

3.3.4.1 Grundlagen des internationalen Systems

Die Schülerinnen und Schüler können Antworten auf die Frage geben, wie das internationale System aufgebaut ist (Ordnung und Struktur), welche Regeln die internationale Politik bestimmen (Regeln und Recht), wie Entscheidungen in den internationalen Beziehungen getroffen werden (Macht und Entscheidung), welche Akteure die internationale Politik beeinflussen (Privatheit und Öffentlichkeit) und welche Handlungsmotive ihr Verhalten bestimmen (Interessen und Gemeinwohl).

Die Schülerinnen und Schüler können	
(1) die Struktur des internationalen Systems beschreiben (Anarchie, Sicherheitsdilemma, Interdependenzen)	

F	G 3.4.5 West- und Osteuropa nach 1945: Streben nach Wohlstand und Partizipation (12.1, zweistündig) (2)
(2) systemische Rahmenbedingungen erläutern (Unipolarität, Bipolarität, Multipolarität, hegemoniale Herrschaft)	

P	2.1 Analysekompetenz 4
F	G 3.4.5 West- und Osteuropa nach 1945: Streben nach Wohlstand und Partizipation (12.1, zweistündig) (1)

Die Schülerinnen und Schüler können	
<p>(3) internationale Konfliktkonstellationen spieltheoretisch erklären (Sicherheits- und Wohlfahrtsdilemma)</p>	
<p>P 2.1 Analysekompetenz 4 I 3.1.4.1 Frieden und Menschenrechte (1) F G 3.4.5 West- und Osteuropa nach 1945: Streben nach Wohlstand und Partizipation (12.1, zweistündig) (1) L BTV Konfliktbewältigung und Interessenausgleich</p>	
<p>(4) Akteure der internationalen Beziehungen beschreiben (Staaten, internationale Organisationen, transnationale Akteure) und ihre Handlungsmotive charakterisieren (Durchsetzung von Eigeninteressen, Einhaltung von Normen)</p>	
<p>L BTV Wertorientiertes Handeln</p>	
<p>(5) Rahmenbedingungen der Politik im Nationalstaat mit denen der internationalen Politik vergleichen (Gewaltmonopol, Gesetzgebung, Durchsetzung von Entscheidungen)</p>	
<p>(6) unterschiedliche Konstellationen in den internationalen Beziehungen erläutern (westfälisches Modell, postwestfälisches Modell, präwestfälisches Modell)</p>	
<p>P 2.1 Analysekompetenz 4</p>	

3.3.4.2 Frieden und Sicherheit

Die Schülerinnen und Schüler können Antworten auf die Frage geben, wie Frieden bewahrt, geschaffen und gesichert werden kann (Interessen und Gemeinwohl), welche rechtlichen Regelungen die internationalen Beziehungen bestimmen und wie Regelverletzungen geahndet werden (Regeln und Recht), wer mit welcher Legitimation Entscheidungen treffen kann (Macht und Entscheidung) und welche Akteure im Sachbereich Sicherheit die internationale Politik beeinflussen (Privatheit und Öffentlichkeit).

Die Schülerinnen und Schüler können	
<p>(1) Bedrohungen für die internationale Sicherheit erläutern (zum Beispiel Staatszerfall, Terrorismus, Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, Territorialkonflikte, Ressourcenkonflikte, Klimawandel, Cyber-Angriffe)</p>	
<p>P 2.1 Analysekompetenz 6 I 3.1.4.1 Frieden und Menschenrechte (1) F G 3.4.7 Aktuelle Probleme postkolonialer Räume in historischer Perspektive (12.2, zweistündig) (4) F GEO 3.4.2.1 Globale Herausforderungen und Zukunftssicherung (1) L BNE Bedeutung und Gefährdungen einer nachhaltigen Entwicklung; Friedensstrategien</p>	
<p>(2) den erweiterten Sicherheitsbegriff beschreiben (Sach-, Referenz-, Gefahren-, Raumdimensionen)</p>	
<p>P 2.1 Analysekompetenz 4, 6 I 3.1.4.1 Frieden und Menschenrechte (2) L BNE Bedeutung und Gefährdungen einer nachhaltigen Entwicklung; Friedensstrategien</p>	

Die Schülerinnen und Schüler können	
(3) den Wandel von klassischen Kriegen zu „Neuen Kriegen“ charakterisieren (Akteure, Ziele, Mittel)	
<p>P 2.1 Analysekompetenz 4</p>	
(4) die Weiterentwicklung der UN-Mandate vom klassischen Peacekeeping (Überwachung von Waffenstillständen) zum komplexen Peacekeeping (vorübergehende Übernahme von Regierungsverantwortung, Aufbau funktionsfähiger staatlicher Institutionen durch zivile Fachkräfte, Stärkung zivilgesellschaftliche Strukturen durch NGOs) erläutern	
<p>I 3.1.4.1 Frieden und Menschenrechte (6), (7) L BNE Friedensstrategien L BTV Konfliktbewältigung und Interessenausgleich; Minderheitenschutz</p>	
(5) Möglichkeiten erörtern, Staaten beim Aufbau zivilgesellschaftlicher Strukturen (zivilisatorisches Hexagon) zu unterstützen	
<p>P 2.2 Urteilskompetenz 1 L BNE Bedeutung und Gefährdungen einer nachhaltigen Entwicklung; Friedensstrategien</p>	
(6) die NATO als System der kollektiven Verteidigung (Art. 5 NATO-Vertrag) beschreiben und die NATO-Strategie vor dem Hintergrund der aktuellen Sicherheitslage erörtern	
<p>P 2.2 Urteilskompetenz 1 P 2.4 Methodenkompetenz 4 L BNE Friedensstrategien</p>	
(7) das Konzept der Schutzverantwortung der Staaten im humanitären Völkerrecht (Universalität und Schutz von Menschenrechten, humanitäre Katastrophen als Friedensbedrohung, humanitäre Interventionen zur Sicherung der Menschenrechte) beschreiben	
<p>I 3.1.4.1 Frieden und Menschenrechte (8), (9) F ETH 3.3.2.1 Grundlagen des Zusammenlebens (4), (6) L BNE Friedensstrategien L BTV Minderheitenschutz; Wertorientiertes Handeln</p>	
(8) das Spannungsverhältnis zwischen staatlicher Souveränität einerseits und Schutzverantwortung der Staatengemeinschaft sowie humanitären Interventionen andererseits darstellen	
<p>P 2.1 Analysekompetenz 2, 7 I 3.1.4.1 Frieden und Menschenrechte (3), (9) L BNE Friedensstrategien L BTV Minderheitenschutz; Wertorientiertes Handeln</p>	
(9) Möglichkeiten zum Schutz der Menschenrechte durch internationale Organisationen (UN-Sicherheitsrat, UN-Menschenrechtsrat, ein internationales Strafgericht) und durch NGOs erläutern	
<p>I 3.1.2.2 Grundrechte (1) I 3.1.4.1 Frieden und Menschenrechte (9) L BTV Minderheitenschutz; Wertorientiertes Handeln</p>	
(10) Funktionen internationaler Strafgerichtshöfe erläutern (Vergeltung, Beitrag zur gesellschaftlichen Versöhnung)	
<p>P 2.1 Analysekompetenz 7 I 3.1.4.1 Frieden und Menschenrechte (9) L BTV Konfliktbewältigung und Interessenausgleich; Minderheitenschutz</p>	

Die Schülerinnen und Schüler können	
(11) Maßnahmen von UNO, NATO und NGOs zur Bewahrung, Schaffung und Sicherung des Friedens bewerten	
<p>P 2.2 Urteilskompetenz 2, 3</p> <p>I 3.1.4.1 Frieden und Menschenrechte (7)</p> <p>L BNE Friedensstrategien</p> <p>L BTV Konfliktbewältigung und Interessenausgleich; Minderheitenschutz</p>	

3.3.4.3 Wohlstand und Wohlstandsverteilung

Die Schülerinnen und Schüler können Antworten auf die Frage geben, wie der globale Wohlstand verteilt ist (Knappheit und Verteilung), welche rechtlichen Regelungen die internationalen Wirtschaftsbeziehungen bestimmen und wie Regelverletzungen geahndet werden (Regeln und Recht), wer mit welcher Legitimation Entscheidungen treffen kann (Macht und Entscheidung), welche Akteure im Sachbereich Wohlfahrt die internationale Politik beeinflussen (Privatheit und Öffentlichkeit) und welche Interessen sie vertreten (Interessen und Gemeinwohl).

Die Schülerinnen und Schüler können	
(1) die Entwicklung des globalen Wohlstands und die globale Verteilung des Wohlstands mithilfe von Material analysieren (BIP in Kaufkraftparitäten, Schattenwirtschaft, ein alternatives Konzept zur Wohlstandsmessung)	
<p>F GEO 3.4.2.4 Globale Herausforderung: Disparitäre Entwicklungen (1), (2)</p> <p>L BNE Bedeutung und Gefährdungen einer nachhaltigen Entwicklung</p>	
(2) das UN-Zielsystem zur nachhaltigen Entwicklung beschreiben und mithilfe von Material überprüfen, inwieweit dieses erreicht worden ist	
<p>P 2.1 Analysekompetenz 6</p> <p>I 3.1.4.1 Frieden und Menschenrechte (3)</p> <p>F GEO 3.4.2.4 Globale Herausforderung: Disparitäre Entwicklungen (1), (2)</p> <p>L BNE Bedeutung und Gefährdungen einer nachhaltigen Entwicklung</p>	
(3) Ursachen der Globalisierung erklären (politische, sozio-kulturelle, wirtschaftliche, technologische) und die Dimensionen der Globalisierung charakterisieren (politische, gesellschaftliche, wirtschaftliche, ökologische)	
<p>P 2.1 Analysekompetenz 6</p> <p>L BNE Bedeutung und Gefährdungen einer nachhaltigen Entwicklung; Friedensstrategien; Teilhabe, Mitwirkung, Mitbestimmung</p>	
Welthandelsordnung	
(4) die Konzepte des Freihandels und des Protektionismus vergleichen (zum Beispiel theoretische Annahmen, Zugang zu Märkten, politische Maßnahmen)	
<p>P 2.1 Analysekompetenz 4, 6</p>	
(5) Ziele (Präambel) und Grundsätze der WTO (Meistbegünstigung, Reziprozität, Inländerbehandlung, Allgemeine Ausnahmebestimmungen) beschreiben	

Die Schülerinnen und Schüler können	
(6) gesundheits-, umwelt- und entwicklungspolitische sowie arbeitsrechtliche Regelungen im WTO-Vertragswerk erläutern und ihren jeweiligen Stellenwert charakterisieren	
<p>P 2.1 Analysekompetenz 6 L BNE Bedeutung und Gefährdungen einer nachhaltigen Entwicklung L BO Fachspezifische und handlungsorientierte Zugänge zur Arbeits- und Berufswelt</p>	
(7) das Entscheidungsverfahren in der WTO charakterisieren (Einstimmigkeit, Zweidrittel- und Dreiviertelmehrheit)	
(8) den Streitbeilegungsmechanismus der WTO charakterisieren	
<p>L BTV Konfliktbewältigung und Interessenausgleich</p>	
(9) die Ausgestaltung der Welthandelsordnung durch die WTO bewerten	
<p>P 2.2 Urteilskompetenz 2, 3 L BTV Konfliktbewältigung und Interessenausgleich</p>	
(10) den Einfluss von NGOs auf die Gestaltung des Welthandels bewerten	
<p>P 2.2 Urteilskompetenz 2, 3 L BNE Teilhabe, Mitwirkung, Mitbestimmung</p>	

3.3.4.4 Deutsche Außenpolitik

Die Schülerinnen und Schüler können Antworten auf die Frage geben, inwieweit Normen die deutsche Außenpolitik bestimmen (Interessen und Gemeinwohl), welche rechtlichen Regelungen die deutsche Außenpolitik bestimmen (Regeln und Recht) und welche Rolle Deutschland in internationalen Organisationen spielt (Macht und Entscheidung).

Die Schülerinnen und Schüler können	
(1) Grundlagen der deutschen Sicherheitspolitik beschreiben (Präambel, Art. 24, 26 GG, Parlamentsarmee)	
<p>P 2.4 Methodenkompetenz 4 L BNE Friedensstrategien; Werte und Normen in Entscheidungssituationen</p>	
(2) die Mitwirkung Deutschlands in NATO und UNO beschreiben	
<p>I 3.1.4.1 Frieden und Menschenrechte (4) F G 3.4.5 West- und Osteuropa nach 1945: Streben nach Wohlstand und Partizipation (12.1, zweistündig) (7) L BNE Friedensstrategien</p>	
(3) mithilfe von Material überprüfen, inwieweit die deutsche Außenpolitik dem Zivilmächtskonzept entspricht (Einhegung militärischer Gewalt, Umsetzung international akzeptierter Normen, Entwicklung internationaler Institutionen)	
<p>L BNE Friedensstrategien; Werte und Normen in Entscheidungssituationen</p>	

Die Schülerinnen und Schüler können	
(4) Anti-Terror-Gesetze im Spannungsfeld von Freiheit und Sicherheit bewerten	
P	2.2 Urteilskompetenz 2, 3
I	3.1.2.2 Grundrechte (1)
L	BNE Werte und Normen in Entscheidungssituationen
L	BTV Formen interkulturellen und interreligiösen Dialogs; Formen von Vorurteilen, Stereotypen, Klischees

3.3.4.5 Globales Regieren

Die Schülerinnen und Schüler können Antworten auf die Frage geben, welche unterschiedlichen Formen des Regierens die internationalen Beziehungen bestimmen (Macht und Entscheidung), welche Entwicklungen die internationale Politik zeigt (Ordnung und Struktur) und welche Bedeutung die UNO für die internationale Politik hat (Interessen und Gemeinwohl).

Die Schülerinnen und Schüler können	
(1) unterschiedliche Formen des Regierens in den internationalen Beziehungen erläutern (durch Staaten, mit Staaten, ohne Staaten)	
(2) Tendenzen der Weltpolitik erläutern (Globalisierung und Fragmentierung, Entstaatlichung und Staatlichkeit, Verrechtlichung und Entrechtlichung)	
(3) die UNO als Akteur in den internationalen Beziehungen bewerten (Konfliktlösung, Befriedung der internationalen Beziehungen, Schutz der Menschenrechte, Förderung nachhaltiger Entwicklung)	
P	2.2 Urteilskompetenz 2, 3
I	3.1.4.1 Frieden und Menschenrechte (7), (9)
F	G 3.4.5 West- und Osteuropa nach 1945: Streben nach Wohlstand und Partizipation (12.1, zweistündig) (2)
L	BNE Friedensstrategien
L	BTV Formen interkulturellen und interreligiösen Dialogs; Konfliktbewältigung und Interessenausgleich; Minderheitenschutz

4. Operatoren

Die gesellschaftswissenschaftlichen Fächer Gemeinschaftskunde, Geographie, Geschichte und Wirtschaft verwenden einen gemeinsamen Operatorenkatalog.

In den Standards für inhaltsbezogene Kompetenzen werden *Operatoren* (handlungsleitende Verben) verwendet. Diese sind in der nachstehenden Liste aufgeführt.

Standards legen mittels der Kombination eines Inhalts mit einem Operator fest, welches Anforderungsniveau die Schülerinnen und Schüler erreichen müssen. Die Operatoren werden nach drei Anforderungsbereichen (AFB) gegliedert:

- **Anforderungsbereich I** umfasst das Wiedergeben und Beschreiben von Inhalten und Materialien (Reproduktionsleistungen).
- **Anforderungsbereich II** umfasst das selbstständige Erklären, Bearbeiten und Ordnen bekannter Sachverhalte sowie das angemessene Anwenden gelernter Inhalte und Methoden auf andere Sachverhalte (Reorganisations- und Transferleistungen).
- **Anforderungsbereich III** umfasst den reflexiven Umgang mit neuen Problemstellungen, eingesetzten Methoden und gewonnenen Erkenntnissen, um zu Begründungen, Urteilen und Handlungsoptionen zu gelangen (Reflexion und Problemlösung).

Die Anforderungsbereiche sind in ihrer wechselseitigen Abhängigkeit zu sehen, demzufolge schließt der Anforderungsbereich III die Anforderungsbereiche I und II, der Anforderungsbereich II den Anforderungsbereich I ein.

Die Anwendung der Operatoren kann sowohl mit als auch ohne Materialvorgabe erfolgen. Sollte ein Operator nur mit oder nur ohne Materialvorgabe angewendet werden, wird dies in der Definition des Operators explizit angeführt.

Operatoren	Beschreibung	AFB
analysieren	Materialien oder Sachverhalte systematisch untersuchen und auswerten	II
begründen	Aussagen (zum Beispiel eine Behauptung, eine Position) durch Argumente stützen, die durch Beispiele oder andere Belege untermauert werden	II
beschreiben	Sachverhalte schlüssig wiedergeben	I
beurteilen	Aussagen, Vorschläge oder Maßnahmen untersuchen, die dabei zugrunde gelegten Kriterien benennen und ein begründetes Sachurteil formulieren	III
bewerten	Aussagen, Vorschläge oder Maßnahmen beurteilen, ein begründetes Werturteil formulieren und die dabei zugrunde gelegten Wertmaßstäbe offenlegen	III
bezeichnen	Sachverhalte (insbesondere bei nichtlinearen Texten wie zum Beispiel Tabellen, Schaubildern, Diagrammen oder Karten) begrifflich präzise formulieren.	I

Operatoren	Beschreibung	AFB
charakterisieren	Sachverhalte mit ihren typischen Merkmalen und in ihren Grundzügen bestimmen	II
darstellen	Sachverhalte strukturiert und zusammenhängend verdeutlichen	II
ein-, zuordnen	Sachverhalte schlüssig in einen vorgegebenen Zusammenhang stellen	II
entwickeln	zu einer vorgegebenen oder selbst entworfenen Problemstellung einen begründeten Lösungsvorschlag entwerfen	III
erklären	Sachverhalte schlüssig aus Kenntnissen in einen Zusammenhang stellen (zum Beispiel Theorie, Modell, Gesetz, Regel, Funktions-, Entwicklungs- und/oder Kausalzusammenhang)	II
erläutern	Sachverhalte mit Beispielen oder Belegen veranschaulichen	II
erörtern	zu einer vorgegebenen These oder Problemstellung durch Abwägen von Pro- und Contra-Argumenten ein begründetes Ergebnis formulieren	III
erstellen	Sachverhalte (insbesondere in grafischer Form) unter Verwendung fachsprachlicher Begriffe strukturiert aufzeigen	II
gestalten	zu einer vorgegebenen oder selbst entworfenen Problemstellung ein Produkt rollen- beziehungsweise adressatenorientiert herstellen	III
herausarbeiten	Sachverhalte unter bestimmten Gesichtspunkten aus vorgegebenem Material entnehmen, wiedergeben und/oder gegebenenfalls berechnen	II
nennen	Sachverhalte in knapper Form anführen	I
überprüfen	Aussagen, Vorschläge oder Maßnahmen an Sachverhalten auf ihre sachliche Richtigkeit hin untersuchen und ein begründetes Ergebnis formulieren	III
vergleichen	Vergleichskriterien festlegen, Gemeinsamkeiten und Unterschiede gewichtend einander gegenüberstellen sowie ein Ergebnis formulieren	II

5. Anhang

5.1 Verweise

Das Verweissystem im Bildungsplan 2016 unterscheidet zwischen vier verschiedenen Verweisarten. Diese werden durch unterschiedliche Symbole gekennzeichnet:

Symbol	Erläuterung
P	Verweis auf die prozessbezogenen Kompetenzen
I	Verweis auf andere Standards für inhaltsbezogene Kompetenzen desselben Fachplans
F	Verweis auf andere Fächer
L	Verweis auf Leitperspektiven

Die vier verschiedenen Verweisarten

Die Darstellungen der Verweise weichen im Web und in der Druckfassung voneinander ab.

Darstellung der Verweise auf der Online-Plattform

Verweise auf Teilkompetenzen werden unterhalb der jeweiligen Teilkompetenz als anklickbare Symbole dargestellt. Nach einem Mausklick auf das jeweilige Symbol werden die Verweise im Browser detaillierter dargestellt (dies wird in der Abbildung nicht veranschaulicht):

(3) sowohl individuelle als auch gesellschaftliche Dilemmasituationen (Gefangenendilemma, Trittbrettfahrersituation) erklären und das Verhalten der Akteure in diesen Situationen bewerten

P I F L

Darstellung der Verweise in der Webansicht (Beispiel aus Wirtschaft 3.1.1 „Grundlagen der Ökonomie“)

Darstellung der Verweise in der Druckfassung

In der Druckfassung und in der PDF-Ansicht werden sämtliche Verweise direkt unterhalb der jeweiligen Teilkompetenz dargestellt. Bei Verweisen auf andere Fächer ist zusätzlich das Fächerkürzel dargestellt (im Beispiel „ETH“ für „Ethik“):

(3) sowohl individuelle als auch gesellschaftliche Dilemmasituationen (Gefangenendilemma, Trittbrettfahrersituation) erklären und das Verhalten der Akteure in diesen Situationen bewerten

P 2.2 Urteilskompetenz 1
P 2.4 Methodenkompetenz 8
I 3.1.3 Globale Gütermärkte (5)
F ETH 3.3.2.1 Grundlagen des Zusammenlebens
L BNE Werte und Normen in Entscheidungssituationen
L BTV Wertorientiertes Handeln

Darstellung der Verweise in der Druckansicht (Beispiel aus Wirtschaft 3.1.1 „Grundlagen der Ökonomie“)

Gültigkeitsbereich der Verweise

Sind Verweise nur durch eine gestrichelte Linie von den darüber stehenden Kompetenzbeschreibungen getrennt, beziehen sie sich unmittelbar auf diese.

Stehen Verweise in der letzten Zeile eines Kompetenzbereichs und sind durch eine durchgezogene Linie von diesem getrennt, so beziehen sie sich auf den gesamten Kompetenzbereich.

Die Schülerinnen und Schüler können		Die Verweise gelten für...
(1) die Sichtweisen von Betroffenen und Beteiligten in Konfliktsituationen herausarbeiten und bewerten (zum Beispiel Elternhaus, Schule, soziale Netzwerke)		
L ←		... die Teilkompetenz (1)
(2) Erklärungsansätze für Gewalt anhand von Beispielsituationen herausarbeiten und beurteilen		
(3) selbstständig Strategien zu gewaltfreien und verantwortungsbewussten Konfliktlösungen entwickeln und überprüfen (zum Beispiel Kompromiss, Mediation, Konsens)		
L ←		... die Teilkompetenzen (2) und (3)
P I ←		... alle Teilkompetenzen der Tabelle

Gültigkeitsbereich von Verweisen (Beispiel aus Ethik 3.1.2.2 „Verantwortung im Umgang mit Konflikten und Gewalt“)

5.2 Abkürzungen

Leitperspektiven

Allgemeine Leitperspektiven	
BNE	Bildung für nachhaltige Entwicklung
BTV	Bildung für Toleranz und Akzeptanz von Vielfalt
PG	Prävention und Gesundheitsförderung
Themenspezifische Leitperspektiven	
BO	Berufliche Orientierung
MB	Medienbildung
VB	Verbraucherbildung

Fächerliste

Abkürzung	Fach
BIO	Biologie
BK	Bildende Kunst
BKPROFIL	Bildende Kunst – Profulfach
CH	Chemie
D	Deutsch
E	Englisch
ETH	Ethik
F	Französisch
G	Geschichte
GEO	Geographie
GK	Gemeinschaftskunde
LUT	Literatur und Theater
M	Mathematik
MUS	Musik
MUSPROFIL	Musik – Profulfach
NWT	Naturwissenschaft und Technik (NwT) – Profulfach
PH	Physik
RAK	Altkatholische Religionslehre
RALE	Alevitische Religionslehre
REV	Evangelische Religionslehre
RISL	Islamische Religionslehre sunnitischer Prägung
RJUED	Jüdische Religionslehre
RRK	Katholische Religionslehre
RSYR	Syrisch-Orthodoxe Religionslehre
SPA3	Spanisch als dritte Fremdsprache – Profulfach
SPO	Sport
SPOPROFIL	Sport – Profulfach
WBS	Wirtschaft / Berufs- und Studienorientierung (WBS)
WI	Wirtschaft

5.3 Geschlechtergerechte Sprache

Im Bildungsplan 2016 wird in der Regel durchgängig die weibliche Form neben der männlichen verwendet; wo immer möglich, werden Paarformulierungen wie „*Lehrerinnen und Lehrer*“ oder neutrale Formen wie „*Lehrkräfte*“, „*Studierende*“ gebraucht.

Ausnahmen von diesen Regeln finden sich bei

- Überschriften, Tabellen, Grafiken, wenn dies aus layouttechnischen Gründen (Platzmangel) erforderlich ist,
- Funktions- oder Rollenbezeichnungen beziehungsweise Begriffen mit Nähe zu formalen und juristischen Texten oder domänenspezifischen Fachbegriffen (zum Beispiel „*Marktteilnehmer*“, „*Erwerbstätiger*“, „*Auftraggeber*“, „*(Ver-)Käufer*“, „*Konsument*“, „*Anbieter*“, „*Verbraucher*“, „*Arbeitnehmer*“, „*Arbeitgeber*“, „*Bürger*“, „*Bürgermeister*“),
- massiver Beeinträchtigung der Lesbarkeit.

Selbstverständlich sind auch in all diesen Fällen Personen jeglichen Geschlechts gemeint.

5.4 Besondere Schriftauszeichnungen

Klammern und Verbindlichkeit von Beispielen

Im Fachplan sind einige Begriffe in Klammern gesetzt.

Steht vor den Begriffen in Klammern „zum Beispiel“, so dienen die Begriffe lediglich einer genaueren Klärung und Einordnung.

Begriffe in Klammern ohne „zum Beispiel“ sind ein verbindlicher Teil der Kompetenzformulierung.

Steht in Klammern ein „unter anderem“, so sind die in der Klammer aufgeführten Aspekte verbindlich zu unterrichten und noch weitere Beispiele der eigenen Wahl darüber hinaus.

Gestrichelte Unterstreichungen in Fachplänen der Oberstufe der Gemeinschaftsschule

In den prozessbezogenen Kompetenzen:

Die gekennzeichneten Stellen sind in der Oberstufe (Klassen 11–13) zu verorten.

In den inhaltsbezogenen Kompetenzen:

Die gekennzeichneten Stellen reichen über das E-Niveau des gemeinsamen Bildungsplans für die Sekundarstufe I hinaus und sind explizit erst in der Klasse 11 zu verorten.

IMPRESSUM

Kultus und Unterricht	Amtsblatt des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg
Ausgabe C	Bildungsplanplanhefte
Herausgeber	Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg, Postfach 103442, 70029 Stuttgart in Zusammenarbeit mit dem Landesinstitut für Schulentwicklung, Heilbronner Str. 172, 70191 Stuttgart
Internet	www.bildungsplaene-bw.de
Verlag und Vertrieb	Neckar-Verlag GmbH, Villingen-Schwenningen
Urheberrecht	Die fotomechanische oder anderweitig technisch mögliche Reproduktion des Satzes beziehungsweise der Satzordnung für kommerzielle Zwecke nur mit Genehmigung des Herausgebers.
Bildnachweis	Robert Thiele, Stuttgart
Gestaltung	Ilona Hirth Grafik Design GmbH, Karlsruhe
Druck	Konrad Triltsch Print und digitale Medien GmbH, Ochsenfurt Soweit die vorliegende Publikation Nachdrucke enthält, wurden dafür nach bestem Wissen und Gewissen Lizenzen eingeholt. Die Urheberrechte der Copyrightinhaber werden ausdrücklich anerkannt. Sollten dennoch in einzelnen Fällen Urheberrechte nicht berücksichtigt worden sein, wenden Sie sich bitte an den Herausgeber. Alle eingesetzten beziehungsweise verarbeiteten Rohstoffe und Materialien entsprechen den zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe gültigen Normen beziehungsweise geltenden Bestimmungen und Gesetzen der Bundesrepublik Deutschland. Der Herausgeber hat bei seinen Leistungen sowie bei Zulieferungen Dritter im Rahmen der wirtschaftlichen und technischen Möglichkeiten umweltfreundliche Verfahren und Erzeugnisse bevorzugt eingesetzt.
Bezugsbedingungen	<i>Juni 2016</i> Die Lieferung der unregelmäßig erscheinenden Bildungsplanplanhefte erfolgt automatisch nach einem festgelegten Schlüssel. Der Bezug der Ausgabe C des Amtsblattes ist verpflichtend, wenn die betreffende Schule im Verteiler (abgedruckt auf der zweiten Umschlagseite) vorgesehen ist (Verwaltungsvorschrift vom 22. Mai 2008, K.u.U. S. 141). Die Bildungsplanplanhefte werden gesondert in Rechnung gestellt. Die einzelnen Reihen können zusätzlich abonniert werden. Abbestellungen nur halbjährlich zum 30. Juni und 31. Dezember eines jeden Jahres schriftlich acht Wochen vorher bei der Neckar-Verlag GmbH, Postfach 1820, 78008 Villingen-Schwenningen.



PEFC zertifiziert
Diese Broschüre stammt aus
nachhaltig bewirtschafteten
Wäldern und kontrollierten
Quellen.
www.pefc.de

**Bildung,
die allen
gerecht wird**

Das Bildungsland



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR KULTUS, JUGEND UND SPORT